III. Die Herausbildung des ,sozialdemokratischen Milieus‘

Dieter Hertz-Eichenrode

Parteioorganisation und Wahlkämpfe der Sozialdemokratie in Berlin 1871–1918

I. Einleitung

Berlin und die Berliner Sozialdemokratie nehmen in der deutschen Geschichte einen herausragenden Platz ein – Berlin als die zahlenstärkste Großstadt, als Reichshauptstadt und Industriestandort, die Sozialdemokratie als der an Mitgliedern reichste Regionalverband der Arbeiterbewegung, in dem sich die sozialistische Opposition ge-

*Bevölkerung (in Mio.)*¹

	1871	1895	1912
Berlin	0,826	1,677	2,083
Berlin mit Vororten	0,915	2,218	3,824

Sozialdemokratische Wähler

	1871	1890	1912
Berlin	2 058	126 317	307 762
Außerberliner Wahlkreise	–	47 508	347 249

Linksliberale Wähler

	1871	1890	1912
Berlin	25 473	75 006	70 159

¹ Bevölkerung nach *Michael Erbe*, Berlin im Kaiserreich 1871–1918, in: *Wolfgang Ribbe* (Hrsg.), *Geschichte Berlins*, Bd. 2 (München 1987) 694, im folgenden zitiert: *Erbe*, Berlin, und *Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin* 33. Jg. (1916) 79, im folgenden zitiert: *Statistisches Jahrbuch*. Wählerzahlen nach *Eduard Bernstein*, *Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, Teil I (Berlin 1907) 222, und Teil 3 (Berlin 1924) 196 ff., im folgenden zitiert: *Bernstein*, *Geschichte*; *Dieter Fricke*, *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917* (Berlin 1987) 738 f., im folgenden zitiert: *Fricke*, *Handbuch*; *Die Reichstagswahlen von 1912*, (*Statistik des Deutschen Reichs*, 250, Berlin 1912) 8 ff. Als „außerberliner Wahlkreise“ gelten hier Niederbarnim, Potsdam-Spandau und Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

gen den monarchischen Staat und die bürgerliche Gesellschaft eindrucksvoll verkörperte. Die Stadt Berlin und ihre Sozialdemokratie sind seit 1871 gemeinsam gewachsen und bildeten eine spannungsvolle Einheit, in der sich das monarchisch-bürgerliche Establishment je länger desto mühsamer gegen das Vordringen eines sozialen und demokratischen Wandels zu behaupten suchte. Nach außen regierten 1914 ebenso wie 1871 der königliche Polizeipräsident und der liberale Oberbürgermeister die Stadt, aber die Masse der Bevölkerung begegnete ihnen feindselig; jede Wahl und jede politische Kundgebung zeigte, daß die große Mehrheit der Berliner im sozialistischen Lager stand.

Die Zahlen widerspiegeln das Anwachsen der Bevölkerung im allgemeinen und die Verlagerung der Wachstumsdynamik im besondern, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zwischen Berlin und den Vororten zu beobachten ist: während die Innenstadt sich in ein Geschäfts- und Verwaltungszentrum verwandelt und deshalb an Einwohnern verliert, erleben die Vororte einen Aufschwung sondergleichen. Von 1895 bis 1919 wachsen

Charlottenburg	von 132 377 auf 322 792 Einwohner,
Neukölln	von 59 945 auf 262 128 Einwohner,
Pankow	von 11 932 auf 57 935 Einwohner,
Weißensee	von 27 001 auf 45 880 Einwohner ² .

Es liegt auf der Hand, daß das Gros der Millionenbevölkerung sich aus den Klassen der Arbeiter, Angestellten, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden rekrutiert und der politischen Agitation der Sozialdemokratie ein offenes Ohr leiht. Hier formieren sich die „Arbeiterbataillone“ und „Proletariernmassen“, auf die sich die Sozialdemokratie voller Stolz beruft und die bei den Wahlen zu Zehn- und Hunderttausenden zu ihr stehen. Sowohl in Berlin selbst als auch in seiner Umgebung verfügt die Arbeiterpartei über einen Rückhalt, dem keine andere Partei annähernd gleichkam. Obwohl die Konservativen seit 1880 dank einer christlich-sozial und antisemitisch zugespitzten Agitation einigen Boden gewinnen, bleiben sie eine drittrangige politische Kraft. Und selbst die Liberalen, die zwischen 1860 und 1880 die öffentliche Meinung der Stadt bestimmt hatten, behaupten mit Mühe ihren zweiten Rang. Seit 1903 ist ihnen von den sechs Berliner Wahlkreisen nur einer geblieben, und zwar der im Stadtzentrum gelegene Wahlkreis 1, der bei rapide sinkender Bevölkerung ein exklusiv bürgerliches Aussehen annahm. In den anderen Wahlkreisen sind sie unwiderruflich ins Hintertreffen geraten, wie der Ausgang der Wahlen von 1907 bestätigt: trotz der Förderung, die die Regierung den liberal-konservativen Wahlbündnissen gegen die Sozialdemokratie angedeihen ließ, bleibt das „rote Berlin“ so rot, wie es vorher gewesen ist. Im Gegenteil, die Konstellation von 1907 führt dazu, daß sich die Berliner Sozialdemokraten vehementer denn je auf die Freisinnigen stürzen, sie als „Schutztruppe für das persönliche und militärische Regiment“ angreifen und sich „mit aller Energie gegen die reaktionäre Masse“ der gegnerischen Parteien wenden³. Bis zum Ersten

² S. die Tabellen und Darstellung bei *Erbe*, Berlin, 694 ff.

³ Vorwärts, 19. 12. 1906: „Die Eröffnung des Wahlkampfes in Groß-Berlin!“

Weltkrieg ist das Kräfteressen zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen kennzeichnend für das politische Leben Berlins: die Liberalen beherrschen dank des kommunalen Dreiklassenwahlrechts die städtische Selbstverwaltung, die Sozialdemokraten dank ihrer großen Anhängerschaft weite Bereiche des öffentlichen Meinungskampfes. Nach Lage der Dinge sind die Sozialdemokraten die berechtigten Anwärter auf die Macht, die die Liberalen 1914 noch in Händen haben.

II. Die Organisation der Berliner Sozialdemokratie

Es wäre einfältig, den Zulauf an sozialdemokratischen Wählern allein der Vergrößerung der Stadt und dem sozialen Wandel in ihr zuschreiben zu wollen. Diese allgemeinen Voraussetzungen sind zwar wichtig, aber ihre konkrete Wirkung haben sie erst durch die eigenen Anstrengungen der sozialdemokratischen Partei erhalten. Indem sich die Arbeiter ihrer Lage bewußt wurden und sie zum Ausgangspunkt selbständigen Handelns machten, schufen sie die Partei, die zur größten in Berlin und Deutschland werden sollte. Ein wesentlicher Ausdruck dieses Handelns ist der Aufbau einer Organisation gewesen, die die Anhänger der sozialistischen Idee zusammenfaßte, sie zu gemeinsamem Vorgehen befähigte und ihnen ideell wie materiell das Bewußtsein der Überlegenheit gegenüber allen anderen Parteien vermittelte.

Über die grundsätzliche Bedeutung der Organisation für die Arbeiterbewegung ist hier nicht näher zu sprechen; sie ist als Notwendigkeit von den Sozialdemokraten stets anerkannt worden, und zwar mit einer Hingabe, die ihr schließlich als „Organisationsfetischismus“ zum Vorwurf gemacht worden ist⁴. Die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratie ist um so bemerkenswerter, als sie oft genug widrigen Umständen abgewonnen werden mußte. Eine Rechtsordnung, die die freie Meinungsäußerung beengte, ein Gerichtswesen, das die Rechtssätze dieser Ordnung restriktiv auslegte, und eine Polizei, die ihren Spielraum für Ermessensentscheidungen bis über die Grenzen der Willkür hinaus ausdehnte, waren entgegenstehende Kräfte, denen die Sozialdemokraten stets Rechnung tragen mußten. Das sog. Verbindungsverbot für politische Vereine gestattete weder eine horizontale noch eine vertikale Organisation größeren Ausmaßes, die unmittelbare polizeiliche Kontrolle über solche Vereine und ihre Versammlungen hielt die Gefahr des regulierenden Eingriffs der Behörden gegenwärtig, und der Ausschluß der Frauen und Jugendlichen vom aktiven Vereinsleben schuf eine empfindliche Grenze für die organisatorische Breitenwirkung. Hinzukam das beharrliche Bemühen der Behörden, äußerstenfalls sozialdemokratische Veranstaltungen dadurch zu verhindern, daß den Gastwirten durch Androhung polizeilicher Schikanen das Hergeben von Sälen für Veranstaltungen verleidet wurde.

⁴ Vgl. Rosa Luxemburg in einem Artikel von 1913, wo sie den Trend zum Zentralismus in einer wachsenden Organisation als Gefahr für die politische Initiativkraft der Partei ansieht, in: *Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke*, Bd. 3 (Berlin 1973) 252f., im folgenden zitiert: *Luxemburg, Werke*.

Die Sozialdemokratie war von Anfang an einem rigiden System behördlicher Gängelung ausgeliefert, in das erst seit 1899 einige liberale Breschen geschlagen wurden. In diesem Jahr fiel das Verbindungsverbot für politische Parteien, und 1908 gestattete das Reichsvereinsgesetz die politische Mitarbeit der Frauen. Die veränderten Bedingungen erlaubten, die Organisation der Sozialdemokratie zu jener Größe zu steigern, die die neidvolle Bewunderung der Gegner und die selbstbewußte Befriedigung der Anhänger am Vorabend des Ersten Weltkrieges weckte.

1. Die Organisation während des Verbindungsverbots

Es fällt nicht schwer zu begreifen, daß die geltende Rechtsordnung die Berliner Sozialdemokraten in eine konflikträchtige Situation versetzte. In Berlin und Umgebung stießen auf engem Terrain mehrere Wahlkreise mit einer zahlreichen Wählerschaft zusammen, und das bedeutete, daß das Bedürfnis für eine organisierte Zusammenarbeit über die Grenzen der Wahlkreise hinweg groß war. Gleichzeitig bedurfte es einer abgestuften Organisation innerhalb der Wahlkreise, um die Massen der Anhänger nachhaltig zu erfassen. Aber jede Zusammenarbeit zwischen Einheiten, die ein gewisses Eigenleben entfalteten, war ein potentieller Verstoß gegen das Verbindungsverbot und insofern ein Ansatzpunkt für polizeiliche Eingriffe. Als Ausweg und Verlegenheitslösung bot sich nur das Verfahren an, eine sichtbare und eine unsichtbare Organisation zu stiften. Sichtbar durfte die Organisation der Vereine sein, die in den Wahlkreisen die Mitglieder aufnahmen und die Agitation betrieben, unsichtbar mußte die Organisation sein, die innerhalb der Wahlkreise bis in die einzelnen Wohnquartiere hinein ein Netz von Mitgliedergruppen aufbaute und die über die Wahlkreise hinweg eine gesamtberliner Kooperation der Vereine ermöglichte. Es war das Ziel des geltenden Vereinsrechts, die Parteien auf eine punktartige Organisation in Gestalt isolierter Vereinigungen zu beschränken, und es war das Bedürfnis jeder politischen Bewegung, sich sowohl in die Tiefe als auch in die Breite netzartig auszuweiten. Die Sozialdemokratie, für die eine effektive Organisation die Vorbedingung jeden Wirkens war, sah sich dazu verurteilt, mit diesem Widerspruch fertig zu werden.

Angesichts der feindseligen Einstellung der Behörden versteht es sich von selbst, daß der Widerspruch lange Zeit unlösbar war. Sobald die Sozialdemokratie in Berlin festen Fuß gefaßt hatte, setzte 1874 die Ära des Ersten Staatsanwalts am Stadtgericht Berlin, Tessedorf, ein, der durch drakonische Handhabung des geltenden Rechts den Arbeitern jede Möglichkeit organisierten Auftretens nehmen wollte. Mitte 1874 wurden die sozialdemokratischen Vereine lassalleanischer und Eisenacher Richtung geschlossen, 1876 auch der nach der Vereinigung der beiden Parteien gegründete sozialistische Verein, dem daraufhin geplanten Wahlverein der Sozialdemokraten Berlins versagte die Polizei die Registrierung, und erst Ende 1877 konnte ein Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins ins Leben treten⁵.

Für die Berliner Arbeiterbewegung war der Kampf mit den Behörden um eine legale Organisation längst entbrannt, bevor das Sozialistengesetz 1878 in Kraft trat. Das

⁵ Bernstein, Geschichte, Teil 1, 295 ff., 342.

Gesetz brachte jedoch insofern einen neuen Akzent ins Geschehen, als es jetzt nicht mehr des gekünstelten Nachweises bedurfte, daß das Verbindungsverbot verletzt worden sei, um Arbeitervereine zu verbieten; fortan genügte dafür der mehr oder weniger begründete Verdacht, daß in solchen Vereinen sozialdemokratische Bestrebungen verfolgt würden. Doch damit nicht genug – selbst wenn, wie im Falle des Deutschen Tabakarbeitervereins zu Berlin, der Beweis „nicht aktenmäßig erbracht“ war, daß in den geschlossenen Versammlungen des Vereins umstürzlerische, sozialdemokratische Bestrebungen vorgekommen seien, erging dennoch ein Verbot, weil angenommen wurde, daß die öffentlich veranstalteten Versammlungen der Tabakarbeiter, obwohl nicht vom Verein einberufen, indirekt ihm zuzuschreiben seien⁶. Auf diese Weise vollzog sich vorübergehend ein Kahlschlag auf dem Gebiet sozialdemokratischer Organisationen. Eine weitere Schärfe erhielt die Auseinandersetzung dadurch, daß über Berlin und Umgebung der sog. kleine Belagerungszustand verhängt und unter diesem Regime viele Sozialdemokraten der Stadt verwiesen wurden. Allein 1878 traf dieses Los 59 Männer, bis 1888 stieg die Zahl auf 269 – neben der organisatorischen Lähmung ein personeller Aderlaß, der wohl geeignet schien, die Arbeiterbewegung absterben zu lassen⁷. Allerdings ergriffen die administrativen Maßnahmen nur die sichtbare Organisation vollständig, dagegen die unsichtbare nur in Gestalt der einen oder anderen Person, und so überlebte die Berliner Sozialdemokratie selbst diese schwierige Zeit. Ihre unsichtbare Organisation hielt sogar der Ausspähung durch Polizeispitzel stand, die von Zeit zu Zeit Eingang in die Reihen der Funktionäre fanden⁸.

Nach der Ära Tessenlof und dem Sozialistengesetz waren die staatlichen Mittel zur Unterdrückung der Sozialdemokratie im Grunde genommen erschöpft, es blieb allein die schikanöse Anwendung von Gesetzen und Vorschriften, d.h. ein amtlicher Kleinkrieg, der die Entwicklung der Partei nicht mehr aufhalten konnte. Es war deshalb ein obsoletes Unterfangen, als der Polizeipräsident von Berlin im November 1895 noch einmal versuchte, mit der Guillotine des Verbindungsverbots die sozialdemokratische Organisation in Berlin zu zerschlagen. Außer den Wahlvereinen der Reichstags-Wahlkreise wurden fünf andere Gremien bis hin zum Vorstand der Gesamtpartei geschlossen. Der Staatsanwalt beim Königlichen Landgericht erhob am 22. Januar 1896 gegen 47 Personen, beginnend mit Ignaz Auer und August Bebel, Anklage, weil sie als Leiter von politischen Vereinen „mit anderen Vereinen gleicher Art ... in Verbindung getreten“ seien. Das Landgericht stellte nur bei 15 Personen ein strafwürdiges Vergehen fest und bestätigte die Schließung von vier Wahlvereinen; das Reichsgericht hob das Urteil auf und die neuerliche Verhandlung vor dem Berliner Landgericht endete

⁶ S. die Entscheidung der sog. Reichs-Commission vom 2. 12. 1878, in: Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3/II, Berlin 1956) 651 f. In den öffentlichen Versammlungen der Tabakarbeiter waren sozialdemokratische Redner aufgetreten.

⁷ Heinzpeter Thümmel, Sozialistengesetz § 28 (Vaduz 1979) 116, 122.

⁸ Zum polizeilichen Spitzelwesen s. Dieter Fricke, Bismarcks Prätorianer (Berlin 1962) 89 ff., 184 ff.

mit dem Freispruch der restlichen Angeklagten⁹. Dieses Verfahren bildete den Schlußpunkt der großangelegten Versuche, mit denen der monarchische Staat auf dem Wege einer Radikalkur der Arbeiterbewegung in Berlin den Garaus machen wollte. Das Spiel polizeilicher Willkür erhielt auf dieser Ebene nicht mehr die Rückendeckung der Gerichte – Polizeipräsident und Staatsanwalt waren bloßgestellt, die Sozialdemokratie triumphierte.

Es ist den Behörden nicht gelungen, die Sozialdemokratie zur Un-Organisation zu stempeln, und es ist nun an der Zeit, die ersten Stadien dieser Organisation etwas näher zu betrachten. Die Anfänge einer kontinuierlichen Organisation legten in Berlin die Lassalleaner, deren örtliche Mitgliedschaft sich im Herbst 1868 konstituierte und nach einem Jahr etwa 500 Personen zählte¹⁰. Diese Vereinigung wies eine lockere Binnenstruktur auf, da der lassalleanische ADAV für ganz Preußen als ein Verein organisiert war und seinen örtlichen Mitgliedschaften nur ein begrenztes Eigenleben gestattete. Den Kampf um die Vermehrung seiner Anhänger unter den Berliner Arbeitern mußte der ADAV zunächst gegen die Fortschrittspartei und seit Beginn der 1870er Jahre auch gegen die Eisenacher Partei richten; als probates Mittel wandte er dabei den sog. Versammlungsterrorismus an, d. h. die Okkupation oder gar Sprengung gegnerischer Veranstaltungen. Das konnte geschehen, indem eine große Zahl von Mitgliedern solche Versammlungen besuchte und per Mehrheitswahl eine eigene Leitung oder auch eigene Referenten durchsetzte bzw., wenn die unterliegende Gegenseite protestierte, tumultuarische Situationen heraufbeschwor, die den Aufsicht führenden Polizisten veranlaßten, die Versammlung aufzulösen¹¹. Dieser nach Manier der Platzhirsche geführte Kampf ist bezeichnend für die Frühzeit politischer Bewegungen, in denen es noch keine ausgebauten Organisationen gab und die rivalisierenden Gruppen in einem Saale das adäquate Schlachtfeld fanden.

Doch das war ein Übergangsstadium. Sobald die Zahl der Anhänger wuchs und der Sog des allgemeinen Wahlrechts die Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf lenkte, änderte sich die Taktik des politischen Krätemessens. Der Wert eines räumlich begrenzten Versammlungserfolges verblaßte neben dem stadt- und landesweiten Erfolgsnachweis, den die Wahlergebnisse darboten. Das erkannten auch die Lassalleaner, und in der Kampagne für die Reichstagswahlen von 1874 boten sie Berlin erstmals das Bild eines bis ins Detail organisierten Wahlkampfes. Ein örtliches Wahlkomitee leitete die Aktionen, große Volksversammlungen und kleinere „Zielgruppenversammlungen“ wechselten einander ab, das Wahlprogramm wurde als Flugblatt weit verbreitet, und am Wahltag postierte die Partei vor jedem Wahlbüro ihre Stimmzettelverteiler,

⁹ Anklageschrift und zwei Gerichtsurteile in *Peter Rassow / Karl Erich Born* (Hrsg.), *Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890–1914* (Historische Forschungen 3, Wiesbaden 1959) 64 ff., das Zitat 71, im folgenden zitiert: *Rassow, Born, Akten*; ferner *Bernstein, Geschichte*, Teil 3, 81 ff.

¹⁰ *Bernstein, Geschichte*, Teil 1, 181, 196.

¹¹ *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*, Bd. 1 (Berlin 1987) 189 f. Ein Beispiel für diesen „Terrorismus“ s. *Bernstein, Geschichte*, Teil 1, 246 ff., ferner in *Arno Herzig* (Bearb.), *Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848–1893* (München 1976) 184 ff.

ganz zu schweigen von den zentralen Büros in den Wahlkreisen, die als Sammelpunkte für die Wahlergebnisse dienten¹². Damit schufen die Lassalleaner das Modell der sozialdemokratischen Wahlkampfmaschine, die in der Folgezeit erweitert und verfeinert, aber nicht mehr grundlegend geändert wurde. Es scheint, daß auf diesem Gebiet ein kräftiger Zug lassalleanischer Tradition der Sozialdemokratie erhalten geblieben ist, wie ja überhaupt das persönliche Beispiel Lassalles als Parteigründer nie verblaßt ist¹³.

Es ist davon auszugehen, daß spätestens seit dem Wahlkampf von 1874 ein breiten- und tiefenwirksames Netz geschaffen war, das die kampagnenartige Mobilisierung der Anhänger gestattete und den Anfang einer unsichtbaren Organisation bildete. In den Jahren der Verfolgung durch Tessedorf und das Sozialistengesetz ist dieser Weg weiter beschritten worden, und zwar mit so guten Resultaten, daß die Polizei sie in ihren Lageberichten seit 1878 nicht ignorieren konnte¹⁴. In diesen Jahren verstärkten sich die konspirativen Anflüge der Organisation, deren Aufgaben aber nach wie vor auf dem Boden einer normalen Parteiarbeit lagen: Einbinden der Anhänger in ein Netzwerk ständiger Kooperation, Einsammeln von Beiträgen und Spenden, finanzielle Unterstützung der durch Ausweisungen getroffenen Familien, Leitung der Wahlbewegungen und ähnliches. Das verdeckte Gefüge der Partei begann oben mit einem Zentralkomitee führender Vertreter der einzelnen Wahlkreise und setzte sich nach unten bis in die Stadtteile und Wohnbezirke fort, wo einzelne Vertrauensleute die organisatorischen Fäden zusammenhielten. Ein gewisses Maß innerparteilicher Demokratie wurde aufrechterhalten, indem nach Möglichkeit größere Funktionärstreffen veranstaltet wurden, häufig in Form von Ausflügen oder förmlichen Landpartien¹⁵. Derartige, Corpora genannte Versammlungen, wahrten eine begrenzte Parteiöffentlichkeit und festigten den Zusammenhalt, aber sie waren ein bescheidener Ersatz für die freie Dis-

¹² Vgl. zu diesem Wahlkampf *Bernstein*, Geschichte, Teil 1, 278 ff.; ferner *ders.*, Geschichte, Teil 3, 92, wo die später übliche Aufteilung einzelner Wahlkreise in Agitationsbezirke bis in die 1870er Jahre zurückdatiert wird.

¹³ Als Beispiele fortdauernder Lassalleverehrung seien genannt die Berliner Gedenkveranstaltungen an Lassalles Todestag, z. B. 1884 – s. *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 142 f. –, die Mahnung Bebbels von 1907, zur Verbesserung der Parteiarbeit „gewisse Lassallesche Agitationsschriften hervorzuholen und wieder zu lesen. ... Jeder von Euch müßte diese Schriften auswendig kennen, sie bilden eine unerläßliche Grundlage unseres Wissens“ – s. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin 1907) 315 – oder die Anerkennung, die Rosa Luxemburg dem Revolutionär Lassalle wiederholt gezollt hat, z. B. in einem Artikel von 1913, s. *dies.*, Werke, Bd. 3, 220 ff.

¹⁴ Vgl. u. a. den Bericht vom 29. 12. 1879, der konstatiert, die vielfältigen Aktivitäten bewiesen, daß die Sozialdemokratie „an Anhängerzahl, Energie und zuversichtlicher Hoffnung für die Zukunft noch nicht das Geringste eingebüßt hat“, oder den Bericht vom 30. Januar 1883, daß die durch Verhaftungen und Ausweisungen bedingten Schwierigkeiten „einen merklichen Einfluß auf den Stand der Gesamtbewegung in Berlin nicht geübt“ haben, in: Dokumente aus geheimen Archiven, bearb. von *Dieter Fricke* und *Rudolf Knaack*, Bd. 1 (Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam 17) (Weimar 1983) 39, 161; im folgenden zitiert: Dokumente aus geheimen Archiven.

¹⁵ Vgl. die Angaben in: Dokumente aus geheimen Archiven, 163, 268 f.; ferner *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 138 f.

kussion in offener Versammlung. Sie verhinderten nicht die eingeeengte Sicht der Funktionäre auf ihr persönliches Blickfeld und gelegentliche Fehleinschätzungen der allgemeinen Einstellung der Anhänger, wie sie in der Debatte über die Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen von 1887 eintraten: während die Angehörigen des Berliner Zentralkomitees als Protest gegen das Sozialistengesetz einen Verzicht der Arbeiter auf Teilnahme an dieser Wahl forderten, plädierte eine Gruppe bisheriger Stadtverordneter für Teilnahme und setzte auch mehrere Kandidaturen durch. Sie hatten den Erfolg auf ihrer Seite: die Arbeiterwähler waren so zahlreich zur Stelle, daß zwei Kandidaten siegten¹⁶. Offensichtlich hatte das Zentralkomitee die Stimmung unter den Arbeitern falsch beurteilt und konnte mangels freier, öffentlicher Diskussion von seinem Irrtum nicht rechtzeitig überzeugt werden.

Doch nicht nur der Öffentlichkeitsverlust, den das Sozialistengesetz zeitigte, zeigte hier seine Wirkung, sondern es kam auch das Problem einer enger gewordenen Auswahl an Funktionären hinzu. Die Polizei ist seit 1880 wiederholt des Berliner Zentralkomitees habhaft geworden, was mit der Ausweisung der leitenden Funktionärsgruppe gleichbedeutend war¹⁷. Obwohl es der Partei meistens gelungen ist, diese Verluste auszugleichen, bereitete es ihr doch Schwierigkeiten, stets geeignete Nachfolger in genügender Anzahl zu finden¹⁸. Insbesondere erwies es sich als untunlich, Familienväter mit dem Risiko der illegalen Parteiarbeit zu belasten, denn deren Ausweisung stürzte eine Mehrzahl von Menschen ins Unglück und bürdete der Partei hohe Unterhaltspflichten auf. Also ging die Partei dazu über, „an die exponiertesten Posten soviel als möglich unverheiratete und noch nicht kompromittierte Personen zu stellen“, d. h. jüngere Männer, denen die Gefahren polizeilicher Verfolgung eher zuzumuten waren¹⁹. Das bedeutete freilich, daß diese Männer über weniger politische Erfahrung als ihre Vorgänger verfügten, daß sie fallweise zu einem größeren Wagemut neigten und in der Diskussion gerne schroffe Positionen bezogen – in der Sprache der Polizei waren sie Personen, „welche um so weniger Bedenken tragen, sich im schlimmsten Falle einer Gefängnisstrafe aussetzen, als sie dadurch als Märtyrer der guten Sache ein Recht auf Teilnahme und dauernde Unterstützung erwerben“²⁰. Diese Interpretation, die die Spekulation auf eine Parteikarriere in den Vordergrund rückt, trifft schwerlich den Kern der Motivation bei den jüngeren Funktionären, läßt aber die Probleme anklingen, die sich aus der Risikobereitschaft und Radikalität dieser Männer ergeben konnten.

Aufs Ganze gesehen, ist der jüngeren Generation der Parteiarbeiter nicht abzusprechen, daß sie die Berliner Sozialdemokratie auf einem erfolgreichen Kurs gehalten haben. Das lag einmal daran, daß ihnen zeitweise in gewerkschaftlichen Fachvereinen und seit 1883 in Arbeiterbezirksvereinen offen agierende Organisationen an die Seite

¹⁶ S. hierzu *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 231 ff.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 299 f.

¹⁷ Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, 50 f., 161, 326; *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 40, 94 f., 216, 220 ff.

¹⁸ Vgl. die Hinweise in: Dokumente aus geheimen Archiven, 91 f., 137.

¹⁹ Dokumente aus geheimen Archiven, 35 (Zitat), 321.

²⁰ Dokumente aus geheimen Archiven, 326 (Bericht vom 15. 11. 1887).

traten, in denen die sozialdemokratischen Bestrebungen eine breitere Rückkoppelung zu ihrer Anhängerschaft fanden, und das lag zum anderen daran, daß die Wahlkämpfe seit 1881 Aufgaben stellten, die den Zusammenschluß aller Kräfte förderten²¹. Bereits die Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen von 1883 hatte die Partei mit großem Nachdruck betrieben, und die Reichstagswahlen von 1884, 1887, 1890 mit ihren stetig steigenden Wählerzahlen gestalteten sich zu einer Abfolge unbestrittener Triumphe. Die Kampagne von 1884 wurde im Frühjahr vorbereitet, indem die Vertrauensleute sich über die Kandidaten verständigten, diese dann auf Corpora-Versammlungen (die mitunter bis zu 1000 Personen umfaßten) bekanntgaben und gleichzeitig die Modalitäten der Wahlagitation festlegten. Im Wahlkampf, der Ende September einsetzte, trat die Partei mit drei Flugblättern an die Öffentlichkeit und bemühte sich, da ihre eigenen Versammlungen oft genug polizeilichen Schikanen zum Opfer fielen, ihre Kandidaten auf Veranstaltungen der Gegner publik zu machen. Am Wahltag wurden alle Stimmbüros mit Verteilern von Stimmzetteln besetzt, und am Abend gaben eigene Wahlbüros die Ergebnisse bekannt: ein Bewerber war gewählt, ein zweiter sollte sich in der folgenden Stichwahl durchsetzen²².

Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als er nicht nur gegen die Linksliberalen erstritten worden ist, sondern auch gegen die Agitation der Antisemiten. Diese hatte sich besonders gegen Paul Singer gerichtet, einen jüdischen Unternehmer, der über die demokratisch-bürgerliche Bewegung zur Sozialdemokratie gefunden hatte und seit Inkrafttreten des Sozialistengesetzes innerhalb der Partei an Einfluß gewann. Seine bürgerliche Herkunft und unabhängige materielle Stellung gestatteten ihm ein freieres politisches Auftreten als manch einem Arbeiter, und er hat nicht gezögert, diese seine Möglichkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. Er ist bereits 1883 als Stadtverordneter gewählt worden und zog nun in den Reichstag ein, wo er bald zu den angesehensten Parlamentariern gehörte. Im Laufe der Zeit vereinte er auf sich die Funktionen eines Fraktionsvorsitzenden in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und im Reichstag, eines Vorsitzenden des Parteitages und der Gesamtpartei (neben August Bebel) – alles Ausdruck einer ungewöhnlichen Karriere, die dieser Vertreter des jüdischen Berliner Bürgertums in der Arbeiterpartei zurücklegte. Und es zeichnete die Sozialdemokratie aus, daß sie gemeinsam mit diesem Kandidaten den Antisemitismus in die Schranken wies und so ihrer Wahlagitation eine spezifische Bedeutung verlieh²³.

²¹ Über den vorübergehenden Aufschwung eines sozialdemokratisch beeinflussten Vereinswesens zwischen 1882 und 1886 s. *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 88 ff., 97 f., 102, 125; über die abwartende Tendenz der Polizei gegenüber dieser Entwicklung s. Dokumente aus geheimen Archiven, 162 f. Diese „milde Praxis“ der Polizei war u. a. bedingt durch die aktive Sozialpolitik der Regierung, deren werbende Wirkung auf die Arbeiter gestützt werden sollte.

²² Über diesen Wahlkampf, s. *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 136 ff., 147 ff. (ein Flugblatt s. 129 f.); ferner Dokumente aus geheimen Archiven, 241 f.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 271 f.

²³ Über Singer s. *Heinrich Gemkow*, Paul Singer. Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862–1890) (phil. Diss. Humboldt-Universität Berlin 1959, mschr.); ders., Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1957).

Die Wahlergebnisse waren der schlagendste Beweis für die Leistungsfähigkeit der illegalen Organisation der Sozialdemokratie. Da unter dem Sozialistengesetz die Parteipresse und die Versammlungstätigkeit auf ein Minimum reduziert waren, hing der Erfolg ganz überwiegend von der Mobilisierung der Anhänger durch direkte Ansprache ab. Und dies konnte nur eine personell weit aufgefächerte Organisation schaffen. Es war nicht zuletzt die Polizei, die der geheimen Organisation bescheinigte, daß ohne sie weder die Verbreitung heimlich eingeführter Druckschriften, „noch die Überschwemmung ganzer Städte mit Flugblättern innerhalb weniger Stunden ...“, noch endlich die regelmäßigen Geldsammlungen möglich“ wären – kurzum, die Partei „ist vor allem vorzüglich organisiert“²⁴.

Als das Sozialistengesetz im Herbst 1890 außer Kraft trat, ging die Partei dazu über, die seit den 1870er Jahren gewachsene dualistische Organisation offiziell einzuführen. In den Wahlkreisen waren autonome Wahlvereine vorgesehen, die als Basisorganisation die örtliche Mitgliedschaft erfassen sollten. Mit ihnen hielt die Gesamtpartei einen lockeren Kontakt über sog. Vertrauensleute, die zwar Mitglieder des Vereins sein, aber keine Funktion in ihm übernehmen durften²⁵.

Die Folge dieser Entscheidung war, daß in Berlin das Netz der geheimen Organisation bestehen blieb: an der Spitze das Komitee der Wahlkreis-Vertrauensleute und darunter ein hierarchisch gestufter Stab an Mitarbeitern, der sich bis in die Stadtviertel und Wohnbezirke verästelte. Die Funktionäre hielten auch an der Gepflogenheit der Corpora-Versammlungen fest, d. h. sie verzichteten auf die Anmeldung der Versammlungen bei der Polizei, um die Anwesenheit eines Aufsicht führenden Polizisten zu vermeiden und die Parteiinterna wie Finanzen, Personalentscheidungen, disziplinarische Maßnahmen ohne amtliche Kontrolle behandeln zu können. Der inneren Organisation waren die Wahlkreisvereine als äußere, offene Organisation vorgelagert, beauftragt mit der Aufgabe, die weiten Kreise der Anhängerschaft zu erfassen und in der Parteiarbeit zu schulen. Freilich spürten die Vereine bald, daß ihnen das Netz der Vertrauensleute wichtige Aufgaben entfremdete und sie zu einer vordergründigen Existenz degradierte. Es regte sich deshalb das Bedürfnis, auch den Wahlvereinen einen gegliederten Unterbau zu geben und mehr als bisher Impulse zu politischer Betätigung an kleinere Gruppen von Mitgliedern heranzutragen²⁶. In dem Maße, wie sich diese Tendenz verwirklichte, wuchs auf den unteren Ebenen das Vertrauensleutenetz mit der Vereinsorganisation zusammen; auch Außenstehende nahmen alsbald wahr, daß „in den meisten, den größeren Wahlkreisen zur Einführung der neuen Organisation“ geschritten worden sei, d. h. zur „Einteilung in Viertel und Bezirke mit besonde-

²⁴ Dokumente aus geheimen Archiven, 354 f. (Bericht vom 22. 11. 1889).

²⁵ Das Organisationsstatut von 1890 und das Zirkular des Parteivorstands über den Parteaufbau s. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 3 (Berlin 1974) 340 ff., 348 ff.

²⁶ Vgl. zu dieser Problematik *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 76 ff.; *Fricke*, Handbuch, 229 f.; *Ursula Ratz*, Georg Ledebour 1850–1947 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 31, Berlin 1969) 33 f.; *Thomas Nipperdey*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18, Düsseldorf 1961) 315 ff., im folgenden zitiert: *Nipperdey*, Organisation.

ren Führern“, und „daß diese Führer vielfach mit den bereits eingearbeiteten und bewährten Organen der Vertrauensmänner (d.h. sog.: innere Organisation) identisch sind“²⁷. Damit war der Schritt zur Überwindung der dualistischen Organisation getan, aber er blieb bedroht von den Unwägbarkeiten des Verbindungsverbots und führte deshalb noch nicht zu einer vollständigen Integration. Das konnte erst geschehen, als 1899 ein Reichsgesetz die politischen Vereine vom Verbindungsverbot befreite.

2. Der Ausbau der Organisation seit 1900

Nach der Jahrhundertwende verfestigte sich in mehreren Etappen die Organisation der Sozialdemokratischen Partei. Als Schlußpunkt ist das Parteistatut von 1912 anzusehen, das die einzelnen Mitglieder und Grundorganisationen fest in die Gesamtorganisation einband: jeder Parteigenosse mußte Mitglied des zuständigen Wahlkreisvereins sein, dieser Verein mußte sich im Einklang mit dem Parteistatut organisieren, er mußte pro Mitglied einen Mindestbeitrag erheben und davon ein Fünftel an die Parteikasse abführen, er mußte jährlich dem Parteivorstand einen Geschäftsbericht liefern, er hatte über die Parteitreu der Mitglieder zu wachen und gegebenenfalls deren Ausschluß einzuleiten²⁸.

Diese zentralisierende Organisation ist auch in Berlin durchgeführt worden. Als erste ergriffen die Parteigenossen der südlichen Vororte die Möglichkeit zu einer vereinsübergreifenden Zusammenarbeit: Ende 1900 gründeten sie den Sozialdemokratischen Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, 1904 folgte der Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und 1905 der Wahlkreis Niederbarnim mit einem eigenen Kreisverband²⁹. In Berlin selbst fand die zentralisierende Organisation und der endgültige Verzicht auf das System der Vertrauensleute anfänglich Widersacher, aber Ende 1905 waren die Bedenken soweit zerstreut, daß die Wahlvereine Berlins und der umliegenden Wahlkreise einmütig den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend stifteten³⁰. Damit hatte die örtliche und regionale Parteiorganisation ihren formalen Abschluß erreicht, und zugleich war mit dem Verzicht auf die Reste des Vertrauensmännersystems die traditionelle Doppelstruktur abgetan.

Für Berlin dürften die praktischen Konsequenzen dieser Entwicklung nicht sonderlich groß gewesen sein, denn die Organisation der Wahlvereine und ihre die einzelnen

²⁷ So die staatsanwaltliche Anklageschrift vom 22. 2. 1896, in: *Rassow/Born*, Akten, 82; ferner *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 104.

²⁸ S. das Statut in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, IV (Berlin 1967) 422 ff.; vgl. auch *Fricke*, Handbuch, 263 ff.

²⁹ *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 95 f., 144, 168; *Otto Rückert*, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871–1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebknechts (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam 8, Potsdam 1965) 71 f., im folgenden zitiert: *Rückert*, Reichstagswahlkreis.

³⁰ *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 168 f.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 450 f.; über ursprüngliche Widerstände s. *Fricke*, Handbuch, 246. Das Statut des Verbands s. Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, Jahresbericht 1906 (Berlin 1907) 92 ff.

Kreisgrenzen überschreitende Kooperation ist schon vorher weit gediehen gewesen. Am ehesten noch sind die Folgen auf dem Gebiet der organisatorischen Selbstbeobachtung zu bemerken: die jährliche Berichterstattung der Vereine wird zur Grundlage fortlaufender, veröffentlichter Verbandsberichte, einer systematischen Mitgliederstatistik und gelegentlicher soziologischer Analysen sei es der Mitgliedschaft, sei es der Wählerschaft³¹. Hierin entfaltete sich ein organisationsbezogener Narzißmus, ein Hang zur Selbstbespiegelung und Eigenanalyse, mit der die Sozialdemokratie wohl der Außenanalyse durch Leute wie Robert Blank (oder auch Robert Michels) begegnen wollte. Dahinter verbarg sich der selbstquälerische Drang, sich trotz aller sichtbaren Erfolge zu noch immer größerer Wirkung bei der Organisationsarbeit antreiben zu müssen, ganz im Sinne der Überlegung Bebels, daß mit jedem Proletarier, den die Gesellschaft produziert, die Aufgabe der Agitation wachse, „denn von Rechts wegen, von Verstandes und Natur wegen sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Sozialdemokrat sein“³² – ein utopisches Ideal von trügerischer Faszination.

Doch wie dem auch sei, nach außen hin bot die Berliner Sozialdemokratie das Bild pulsierenden Lebens und unerschöpflicher Kraft. Wer sich z. B. die große Dichte von Kampagnen in einzelnen Jahren vergegenwärtigt, wird den Elan der Partei nicht genug bewundern können. 1903 bestritt die Partei einen Reichstagswahlkampf, einen Wahlkampf für die Nachwahl von Stadtverordneten und erstmals einen Wahlkampf für das Preußische Abgeordnetenhaus – in allen drei Fällen quittierte sie über mehr Wähler denn je. Hinzu kam die Vorbereitung des jährlichen Parteitages, die mit Versammlungen der Wahlkreisvereine begann und mit der Generalversammlung der Wahlvereine Berlins und der Provinz Brandenburg endete, nach dem Parteitag folgten wiederum Wahlkreisversammlungen, auf denen die Berichte der Delegierten (oft genug von geharnischter Kritik begleitet) gehört wurden³³. Schließlich ließe sich noch die schlagartige Veranstaltung von 32 Volksversammlungen am 22. Januar 1903 erwähnen, auf denen gegen die Zollerhöhungen, die der Reichstag beschlossen hatte, protestiert wurde³⁴. Nicht minder eindrucksvoll sind die Dimensionen, die die Flugblattaktionen während eines Wahlkampfes annahmen. Im Vorfeld der preußischen Landtagswahlen von 1908 wurden am 2. April 1,2 Mio. und am 31. Mai 1,5 Mio. Flugblätter verteilt, während des ganzen Wahlkampfes waren es 5,1 Mio. Exemplare von 87 verschiedenen Flugblättern³⁵.

³¹ Vgl. z. B. die Jahresberichte des Verbands sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, ferner die Publikationen: Statistische Erhebungen über die Partei-Organisation Groß-Berlins 1906 (Berlin 1907), im folgenden zitiert: Statistische Erhebungen 1906; Die soziale Gliederung der Wählerschaft im V. Berliner Reichstagswahlkreis bei der Wahl im Jahre 1907 (o. O./o. J.).

³² Bebel am 18. 9. 1907, s. Protokoll des Parteitages (1907) 314.

³³ Vgl. hierzu *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 151 ff.

³⁴ *Erich Matthias, Eberhard Pikart* (Bearb.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1919, Teil 1 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe 3/I, Düsseldorf 1966) 95.

³⁵ S. die Angaben in: Jahresbericht des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine für Berlin und Umgegend 1908 (Berlin 1909) 7 ff., im folgenden zitiert: Jahresbericht 1908. Über den Ablauf derartiger Flugblattaktionen s. *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 101.

Diese Zahlen mögen uns Anlaß sein, einigen Fragen nach der Quantität und Qualität der Berliner Parteiarbeit nachzugehen. Das numerische Wachstum und der agile Aktivismus der Sozialdemokraten bilden eine Seite der Medaille, die andere verweist auf den inneren Zustand der Organisation und die Befindlichkeit der Mitglieder in ihr, d. h. auf qualitative Aspekte, die manch einem Zeitgenossen Unbehagen bereiteten.

Im Jahre 1914 war Berlin und Umgebung mit 121 689 Mitgliedern der zahlenstärkste Regionalverband der deutschen Sozialdemokratie. Der Bestand hat sich seit 1906 beinahe verdreifacht und überflügelte das Wachstum der Gesamtpartei, die sich in dieser Zeit verdoppelt hat³⁶. In der Berliner Region lag das Schwergewicht der Mitgliedschaft bei den Wahlkreisen 4 und 6 sowie Teltow-Charlottenburg, die 1908 mehr als zwei Drittel der Mitglieder stellten.

*Mitglieder in Berlin und einzelnen Wahlkreisen*³⁷

	1892	1894	1905	1908	1912	1913/14
Wahlkreis 1	130	251	700	711	978	1067
Wahlkreis 4	1 900	3 389	8 650	20 967	23 341	23 423
Wahlkreis 6	2 940	7 005	11 000	25 641	31 666	29 459
Berlin insgesamt	6 260	13 449	27 450	57 572	67 512	65 778
Wahlkreis Teltow – Beeskow – Charlottenburg	•	•	8 200	22 192	33 253	33 042
Wahlkreis Niederbarnim	•	•	6 050	11 105	18 033	18 069
Wahlkreis Potsdam – Spandau – Osthavelland	•	•	2 116	2 074	3 334	•
9 Wahlkreise insgesamt	•	•	43 816	92 943	122 132	(116 889)

Die Berliner und unmittelbaren Vorortswahlkreise wuchsen bis 1908 und 1912 stürmisch. Es läßt sich annähernd ermessen, was es bedeutete, diesen Zustrom an neuen Mitgliedern organisatorisch zu erfassen und mit Parteidisziplin zu erfüllen. Aus diesem Kontext schert der entfernter liegende Wahlkreis Potsdam – Spandau, der mit der Großstadtlandschaft Berlin – Charlottenburg – Neukölln nur randlich verbunden ist, aus: seine Mitgliedschaft bildet sich in den Jahren 1905–1908 zurück. Viele Arbeiter, u. a. Ofensetzer und Ziegeleiarbeiter, litten unter der abgeschwächten Konjunktur dieser Jahre und wandten sich nach Berlin, um dort Beschäftigung zu finden³⁸. Über den negativen Einfluß der schlechten Wirtschaftslage stöhnten zwar auch die Berliner Funktionäre, jedoch scheinen hier die Mitgliederzahlen nicht gelitten zu haben³⁹. Jedenfalls weisen die Vereine in den Wahlkreisen 4 und 6 einen Aufschwung auf, der

³⁶ S. die Tabellen bei *Fricke*, Handbuch, 308, 312.

³⁷ Die Zahlen nach *Fricke*, Handbuch, 306, 312; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 465; Jahresbericht 1908, 21; für Potsdam-Spandau nach *Rückert*, Reichstagswahlkreis, 105f., 108, 178.

³⁸ So *Rückert*, Reichstagswahlkreis, 108.

³⁹ S. z. B. Jahresbericht 1908, 69, wo es aus dem Wahlkreis 2 heißt: „Wir erkennen es mit den Genossen voll und ganz an, daß unter der Krise eine Niedergeschlagenheit herrscht.“

mit krisenbedingtem Siechtum nichts zu tun hat. Vielmehr wäre davon zu sprechen, daß zwei Tendenzen einander ergänzt haben: der Eifer der Funktionäre, für den Eintritt in die Partei zu werben, und die Entschlossenheit der Arbeiter, sich politisch zu engagieren. Diese Tendenzen fielen vor allem bei den jüngeren Arbeitern auf fruchtbaren Boden. Nach einer Statistik aus dem Herbst 1906 war in den Wahlkreisen 4 und 6 jeweils über die Hälfte der erfaßten Mitglieder unter 36 Jahre alt:

Wahlkreis 4 6578 von 11 788

Wahlkreis 6 7757 von 13 887.

Ein anderes Merkmal der lebhaften Mitglieder-Rekrutierung war, daß die Neulinge unter den Parteiangehörigen ein Übergewicht über die länger Angehörigen hatten: nach derselben Statistik waren von 53 106 Mitgliedern allein 34 506 während der letzten drei Jahre eingetreten⁴⁰.

Es bedarf keiner lebhaften Phantasie, um sich vorzustellen, wie groß die Aufgaben der Funktionäre waren, die die monatlich wachsende Anhängerschaft leiten sollten. Vor allem die mittlere und untere Funktionärsschicht ließ sich nicht immer im gleichen Takt ergänzen, und es war wohl kein Einzelfall, wenn 1908 im Wahlkreis 2 über die Amtsfucht von Bezirksführern geklagt wurde: „Es kommt vor, daß ein Bezirksführer zwei, drei, vier Monate dem Bezirk vorsteht, geht es dann aber einmal nicht nach seinem Willen, legt er sofort sein Amt nieder. Bei der Neuwahl kommt es dann sehr häufig vor, daß Genossen, die das Amt übernehmen könnten, aus nichtigen Gründen ablehnen und jüngere Kräfte vorschieben, die in der Partei noch nicht Bescheid wissen“⁴¹. Mit diesem Bescheid-Wissen hatte es teilweise eine recht ernüchternde Bewandnis, wenn man die lange Reihe der Vordrucke, Formulare, Listen etc., die der innerparteiliche Geschäftsgang über die Funktionäre herabregnen ließ⁴², in Betracht zieht. Auf den oberen Ebenen kumulierten sich die Folgen formalisierter Schriftlichkeit, und die Vereine gingen deshalb dazu über, Kreisbüros mit besoldeten Angestellten einzurichten: 1908 hatten die Wahlkreise 4, 6 und Teltow-Charlottenburg je ein Büro mit mindestens zwei hauptamtlichen Funktionären; in Niederbarnim hatte der Vorstand, nachdem im letzten Berichtsjahr drei Vorsitzende amtiert hatten, vor der Arbeitslast kapituliert und die Eröffnung eines Kreisbüros angeregt: „um dem Wahlverein einen Sammelpunkt für die Geschäfte des Kreises zu geben, der nicht dem zufälligen Wechsel in den Personen der Kreisleitung unterworfen ist“⁴³.

Es ist ungewiß, inwieweit die Verfestigung der Verwaltung dem Schwung des innerparteilichen Lebens gedient hat. Von der Basis her kam die Klage, daß die Mitglieder die regelmäßigen Zahlabende nur zum kleineren Teil wahrnahmen, und die Vorstände mahnten, „daß alle persönlichen Streitereien und alle gehässigen Diskussionen unter-

⁴⁰ Berechnet nach den Angaben in Statistische Erhebungen 1906, wo Alter und Zugehörigkeitsdauer der Mitglieder nach den Wahlkreisen tabellarisch aufbereitet sind; vgl. auch *Fricke*, Handbuch, 311.

⁴¹ Jahresbericht 1908, 70. Vgl. *Fricke*, Handbuch, 286, wo ersichtlich ist, daß die meisten Funktionäre im Wahlkreis 2 erst seit ein oder zwei Jahren im Amt waren.

⁴² S. die Aufzählung bei *Nipperdey*, Organisation, 327.

⁴³ Jahresbericht 1908, 88, 97, 123, 127 (Zitat). Die zwei Angestellten des Kreisbüros im Wahlkreis 4 standen im Etat mit 4250 M zu Buche.

bleiben [sollten], denn sie gehören nicht in den Zahlabend“ – „manche schöne Stunde, die einer besseren Sache wert wäre, wird damit vergeudet und schädigt die Organisation“⁴⁴. Von anderer Seite wurde bemängelt, daß die Zahlabende ihren ursprünglichen Charakter – nämlich als Treffpunkt der organisierten Mitglieder zum Beitragzahlen, zum Empfang von Mitteilungen oder zur Regelung von Agitationseinsätzen – verloren und sich in Diskussionsversammlungen verwandelt hätten, indes „aus den Vereinsversammlungen die eigentliche Diskussion immer mehr verschwindet“. Die Vervollkommnung der hierarchisch aufgebauten Organisation beraube die Wahlvereine ihres Eigenlebens und bedrohe die innerparteiliche Demokratie, denn die schwungvollsten Aktionen könnten nicht „den Wert eines regen unmittelbaren Gedankenaustausches“ ersetzen⁴⁵. Die öffentlichen Äußerungen der Partei seien „politische Monologe“, die den Hörern nichts Neues böten, „denn bei uns ist ja alles stereotypiert“⁴⁶.

Es ist unverkennbar, daß die mit Fleiß gepflegte Organisation Unbehagen weckte als ein Apparat mit befremdlicher Eigengesetzlichkeit, und daß gerade das Berliner Beispiel auf die Kritiker abschreckend wirkte. Die Zusammenballung einer großen Zahl von Mitgliedern auf relativ engem Raum erheischte naturgemäß ein dichtes Organisationsnetz in den Vereinen, dem sich die ebenfalls am Orte befindlichen zentralisierenden Instanzen des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlins und Umgegend sowie des Vorstands der Gesamtpartei überstülpten, so daß das einzelne Mitglied an der Basis mitunter einem Überangebot an Leitung von oben ausgesetzt war. Das hat Bernstein kritisiert, und ebenso tat es Rosa Luxemburg. Ihr war die Berliner Organisation das Musterbeispiel einer Ordnung, „in der so ziemlich alles Wichtige an Leitung und Entschluß von dem Zentralvorstand erledigt wird“ und für die Massen der Mitglieder nur übrigblieben „die Pflichten zum Beitragzahlen, zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement und dergleichen“⁴⁷. Fürwahr trockene Aufgaben, die mit großer Politik wenig zu tun haben, jedoch mehr praktische Bedeutung besaßen, als die Kritiker wahrhaben wollten. Eine Massenorganisation bedarf des Managements und der Aufgabenteilung, und es ist nicht zu erkennen, daß diese Veränderungen die Sozialdemokratie an der Spitze oder an der Basis entpolitisiert hätten, und wenn doch, dann in Berlin wohl weniger als anderswo.

Aus der Sicht der Berliner Funktionäre war nicht die Art der Organisation ein Ärgernis als vielmehr das Verhalten der Mitglieder. Im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung der Vereine stellten sie fest, daß der jährliche Zugewinn an Mitgliedern nur eine kleine Zahl neben den tatsächlich stattfindenden Ein- und Austritten abgab. Die Karteien der Vereine legten Zeugnis von einer Fluktuation ab, die auf den ersten Blick

⁴⁴ Die Zitate in: Jahresbericht 1906, 38, und Jahresbericht 1908, 69 (beide aus dem Wahlkreis 2). Zahlen über den Besuch der Zahlabende – sie liegen bei etwa 40% der Mitglieder – bei *Fricke*, Handbuch, 296.

⁴⁵ *Eduard Bernstein*, Die Demokratie in der Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 12, Bd. 3 (1908) 1110f., im folgenden zitiert: *Bernstein*, Demokratie.

⁴⁶ *Eduard Bernstein*, Zum Reformismus, in: Sozialistische Monatshefte, a.a.O., 1399.

⁴⁷ *Rosa Luxemburg*, Taktische Fragen (1913), in: *dies.*, Werke, Bd. 3, 253.

unbegreiflich schien – auf der einen Seite drängten Tausende in die Partei, auf der anderen Seiten schieden annähernd gleich große Zahlen aus ihr wieder aus. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Vereinsberichte Bemerkungen wie „die Fluktuation unter den Mitgliedern ist auch im verflossenen Jahr eine große gewesen“, „... ist zu bemerken, daß die Fluktuation ganz erheblich ist“, „die Fluktuation ist eine enorme“⁴⁸.

*Fluktuation in Berliner Vereinen 1908*⁴⁹

Wahlkreis 2	1586 Eintritte	765 Austritte
Wahlkreis 4	7752 Eintritte	6002 Austritte
Wahlkreis 6	6908 Eintritte	7003 Austritte
Wahlkreis Teltow-Charlottenburg	7352 Eintritte	5533 Austritte

Beachtenswert ist die Zahl der Austritte. Sie beruht einmal auf dem Vereinswechsel, der durch Umzug bedingt ist, und in der Mehrzahl der Fälle auf Streichung wegen Beitragsrückstandes.

*Wahlkreis 4: Austrittsgründe 1908*⁵⁰

6002 Mitglieder ausgeschieden, davon
 3419 gestrichen wegen rückständiger Beiträge,
 2168 verzogen in andere Wahlkreise,
 262 ausgetreten,
 122 gestorben,
 31 ausgeschlossen.

Es erhebt sich die Frage, ob die Beitragsmoral vieler Mitglieder so schlecht war, daß sie zwangsläufig als Karteileichen ausgemustert werden mußten, oder ob nur das Ummeldesystem der Vereine schlecht funktionierte, also viele Neuzugänge in den Vereinen eigentlich Ummeldungen innerhalb der Partei waren. Anhand der Beiträge, die in Berlin und Umgebung 1908 abgerechnet worden sind, läßt sich allerdings vermuten, daß viele der „Gestrichenen“ nicht anderswo (zumindest nicht in Berlin) wieder als Zahlende in Erscheinung getreten sind (s. Tabelle S. 235 oben).

Nach dieser Berechnung wäre also 1908 etwa ein Viertel des hypothetischen Beitragsaufkommens nicht eingebracht worden; das berechtigt zu der Annahme, daß viele der ausgeschiedenen Mitglieder als unwillige Zahler der Partei verloren gingen. Dieser Zusammenhang war leicht zu erkennen, und es war deshalb naheliegend, daß die Berliner Parteileitung 1914 zu dem Schluß kam, es müsse endlich jenes Mittel angewandt werden, „wodurch uns die neugewonnenen Mitglieder erhalten bleiben“, nämlich die

⁴⁸ Jahresbericht 1906, 45 (Wahlkreis 4); Jahresbericht 1908, 95 (Wahlkreis 5); 107 (Wahlkreis Teltow-Charlottenburg).

⁴⁹ Jahresbericht 1908, 69, 90 f., 100, 107. Vgl. auch die Tabellen bei *Fricke*, Handbuch, 309 f. Die Zahlen des Wahlkreises 6 beziehen sich auf männliche Mitglieder, dank des Beitritts weiblicher Mitglieder, der 1908 vereinsrechtlich möglich wurde, ergab sich auch hier eine positive Bilanz.

⁵⁰ Jahresbericht 1908, 91.

*Beitragsbilanz der Berliner Sozialdemokratie 1908*⁵¹

Mitglieder Ende 1908	90 869
Zunahme der Mitglieder seit Ende 1907	8 442
Summe der Beitragsfälle	1 090 428
Reduktion dieser Summe, indem die neuen Mitglieder nur mit einem halben Jahresbeitrag eingesetzt werden	– 50 652
Jahressoll der Beitragsfälle	1 039 776
tatsächlich abgerechnete Beitragsfälle	777 233
Manko an nicht abgerechneten Beitragsfällen	262 543
nicht kassierte Mitglieder (= Manko : 12)	(ca.) 21 878

„Einführung der Hauskassierung“⁵². D. h. an die Stelle der Zahlabende sollte ein Netz von Hauskassierern treten, die die Mitglieder in der Wohnung aufsuchten und dort die Beiträge erhoben – ein weiterer Schritt zur Verfeinerung der Organisation.

Die Funktionäre erklärten die Fluktuation vorwiegend mit der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Mobilität der Arbeiter; Depression und Arbeitslosigkeit deuteten sie als schweres Hindernis für die Mitgliederwerbung, und der Wohnungswechsel galt geradezu als „Hauptursache des Ausscheidens“ vieler Parteigenossen⁵³. Sicherlich spielte die soziale Mobilität in Berlin eine große Rolle. Es ist ja bekannt, daß die Berliner Bevölkerung sich überwiegend aus Zugewanderten rekrutierte, 1910 waren von den 2 Mio. Einwohnern nur 773 251 aus der Stadt gebürtig⁵⁴. Das Kommen und Gehen der Menschen, ihr Einziehen und Ausziehen gehörte zur sozialgeschichtlichen Eigenart der Großstadt.

*Zu- und Fortzüge in Berlin 1911 (ohne Vororte)*⁵⁵

	Zugezogene	Fortgezogene
Insgesamt	271 451	211 867
davon Familienangehörige	39 613	38 445
bleiben Erwerbstätige	231 838	173 422
davon u. a.		
ungelernte Arbeiter	20 360	13 085
abhängig Tätige der		
– Metallverarbeitung	14 305	10 238
– Holz- und Schnitzstoffe	4 388	3 339
– Bekleidung	5 366	3 877
– Baugewerbe	7 386	5 941

⁵¹ Berechnet nach den Angaben in: Jahresbericht 1908, 21. Die Beitragsfälle sind schematisch berechnet durch Multiplikation der Mitglieder mit den 12 Monaten.

⁵² Jahresbericht 1913/14 (Berlin 1914) 46.

⁵³ Jahresbericht 1908, 90 (Arbeitslosigkeit); Jahresbericht 1906, 59 (Zitat); vgl. dort auch 45.

⁵⁴ Statistisches Jahrbuch 37.

⁵⁵ Statistisches Jahrbuch, 215. Die Gesamtzahlen betreffen Männer und Frauen, die berufsbezogenen Zahlen nur Männer.

Das Hauptkontingent der Wohnort- oder Wohnungswechsler stammte von den unverheirateten Erwerbstätigen (d. h. ohne Angehörige), außerdem ist ersichtlich, daß die in lohnabhängiger Arbeit Stehenden unter ihnen zahlreich vertreten waren. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß unter den Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratie die Männer bis zu 35 Jahren überwogen, so bietet sich eine positive Korrelation zwischen dieser Mitgliedergruppe und dem Gros der Umzügler an. Infolgedessen hat die Aussage, die Fluktuation unter den sozialdemokratischen Vereinsmitgliedern sei größtenteils durch einen Wohnungswechsel bedingt, eine hohe Plausibilität für sich. So betrachtet wäre die Fluktuation nicht Ausdruck organisatorischer Mängel, sondern Folge gesellschaftlicher Gegebenheiten im äußeren Umfeld der Partei.

Bezeichnend ist, wie die Funktionäre auf diesen Sachverhalt reagierten. Ihnen war es unstrittig, daß die Fluktuation nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Organisation signalisierte. Getreu dem Motto August Bebel's: „Wir müssen nur viel energischer agitieren und organisieren wie bisher“⁵⁶, klang es in Berlin allenthalben: „Wir können nur Erfolge erringen, nur siegen durch unsere Organisationen“, „wir haben alle Ursache, unsere Kräfte zusammenzufassen, und ... darum müssen wir unsere Organisation stärken und weiter ausbauen“, „Aufgabe der Organisation muß es sein“, die Zahl der Mitglieder „zu verdoppeln und zu verdreifachen“ – „das ideale Ziel heiße: jeder Anhänger der Partei, jeder Freund unserer Anschauungen muß der politischen Organisation zu emsiger Mitarbeit zugeführt werden“⁵⁷. „Schaffung einer gewaltigen Organisation!“ rief Richard Fischer im Wahlkampf 1907 den Berlinern zu⁵⁸, gerade so, als ob seine Partei noch da stünde, wo sie in den 1870er Jahren einmal begonnen hatte.

Zweifellos hatte dieses unaufhörliche Bekenntnis etwas von Autosuggestion an sich, es sollte der Partei konkrete Aufgaben bieten in einer Situation, in der sie durchschlagende politische Wirkungen nicht erreichen konnte. Das ist verständlich, birgt aber die Gefahr in sich, daß die Aufmerksamkeit auf den quantifizierbaren Bereich der Parteiarbeit konzentriert wurde. Der Erfolg des Organisierens und Agitierens wurde nur zu gerne mit der Zahl der Mitglieder identifiziert, und deshalb war es beliebt, sich an Größenordnungen zu orientieren, die von vornherein einen Anflug des Utopischen hatten. Beispielsweise gaben die Gewerkschaften eine Meßlatte ab, an der sich die Partei öfters maß. Als die Berliner Parteiorganisation im Oktober 1906 ihre Mitglieder statistisch erfaßte, war es ein ausgemachter Zweck der Übung festzustellen, inwieweit Partei- und Gewerkschaftsmitglieder identisch sind und inwieweit „die Gewerkschaften, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, der Pflicht gedenkend, auch ihre Vereinsmitglieder den Organisationen der Partei zuführen“⁵⁹. Auf vernehmlichen Unmut stieß die „politische Lauheit der Gewerkschaftsmitglieder“, als kund wurde, daß nur 16,5% von ihnen der Partei angehörten: folglich wurde ihnen „eine ungeheure politische Aufklärungsarbeit“ in Aussicht gestellt⁶⁰.

⁵⁶ S. Protokoll des Parteitag's 1907, 315.

⁵⁷ In der Reihenfolge der Zitate: Jahresbericht 1908, 20, 129; Jahresbericht 1906, 84, 91.

⁵⁸ Vorwärts, 10. 1. 1907 („Wahlversammlungen. Im zweiten Reichstagswahlkreis“).

⁵⁹ Statistische Erhebungen 1906, 3.

⁶⁰ Statistische Erhebungen 1906, 141 f.

Noch häufiger diente das Wählerpotential als Zielvorgabe für die Mitgliederwerbung. Das hörte sich in der Regel so an: „Das Verhältnis der Mitgliederzahl gegenüber den bei der letzten Reichstagswahl für uns abgegebenen Stimmen läßt in einzelnen Orten viel zu wünschen übrig“; es sei „Aufgabe der Organisation ..., hier Wandel zu schaffen“ und den Mitgliederbestand „zu verdoppeln und zu verdreifachen“⁶¹. 1907 lautete die Erkenntnis für Berlin, daß die Parteimitglieder nur 12,8% der Wählerschaft ausmachten, und darin zeige sich „das riesige Arbeitsfeld, das hier noch zu beackern ist“⁶².

Derartige Appelle mögen als Ausdruck unerschöpflichen Tatendrangs erscheinen – sie verraten aber auch die Neigung, die Organisation als eine schier unendliche Aufgabe zu definieren. Wenn Bebel meinte, eigentlich müsse jeder Arbeiter als Sozialdemokrat gewonnen werden, oder wenn geltend gemacht wurde, jeder Anhänger der Partei müsse in ein aktives Mitglied verwandelt werden⁶³, dann war nicht auszuschließen, daß sich die richtunggebende Meßzahl in eine utopisch schillernde Mißweisung verwandelte. Insofern war Rosa Luxemburg berechtigt, vor übertriebenen Organisationshoffnungen zu warnen und zu fordern, man müsse „sich ein für alle mal von dem Wahn frei machen, als ob uns je gelingen würde, die gewaltige Masse des arbeitenden Volkes in beitragszahlende Mitglieder der Wahlvereine zu verwandeln“⁶⁴. Ein „Organisationsfetischismus“, der einem übertriebenen Maximalismus huldigte, war sicherlich vom Übel⁶⁵. Aber andererseits war es selbstverständlich, daß in einem Staat wie dem Kaiserreich, das breite Schichten der Bevölkerung von der Machtausübung ausschloß, jedoch gleichzeitig ein beträchtliches Maß an politischer Öffentlichkeit und demokratischer Willensbildung zuließ, die Benachteiligten mit dem Mittel effizienter Organisation zu Einfluß zu gelangen suchten. Die Präsenz der Sozialdemokratie, die sich in der Öffentlichkeit entfaltete, war nur durch solide Organisation möglich: dazu gehörte eine zahlreiche Mitgliedschaft mit einem funktionierenden Finanz-, Presse- und Versammlungswesen. Eine dergestalt etablierte Partei war schwerlich eine revolutionäre Kampfmaschine, sondern eher ein beharrlich wirkendes Gewicht, das auf seiner Umgebung lastete und seine inneren Bestandteile in eine stabile Ordnung zwängte. Es war abzusehen, daß dieses Gebilde in eine Zerreißprobe geraten konnte zwischen der Ungeduld der politisch und sozial benachteiligten Menschen, die es repräsentierte, und dem Beharrungsvermögen einer stationären Staats- und Gesell-

⁶¹ Jahresbericht 1906, 59, 84.

⁶² Emanuel Wurm, Statistische Erhebungen über die Parteiorganisation Groß-Berlin 1906, in: Die Neue Zeit 26. Jg./Bd. 1 (1907/08) 451.

⁶³ Vgl. o. S. 230, 236.

⁶⁴ Luxemburg, Werke, Bd. 3, 253. Es mochte einleuchten, daß Luxemburg den sozialdemokratischen Kult der organisierten Massen bekämpfte, aber es war ein Irrweg, daß sie ihrerseits einen Kult der unorganisierten Massen predigte: es sei erwiesen, „daß die unorganisierten Massen in wichtigen Momenten nie versagen“, und es genüge, wenn die Partei ihnen durch „eine kühne Initiative und Aktion“ den Weg weise, ohne sie fest zu organisieren (a.a.O., 253 f.).

⁶⁵ Zum Begriff Organisationsfetischismus s. Nipperdey, Organisation, 325; Fricke, Handbuch, 295 f.; Dieter Grob, Negative Integration und revolutionärer Attentismus (Frankfurt a. M./Berlin 1973) 59.

schaftsordnung, in deren Rahmen es gebannt war. Trotzdem war es nicht unvernünftig, bis zum Herausziehen dieser Zerreißprobe die eigenen Reihen durch Ausbau der Organisation zu festigen – wer hätte darauf verzichten wollen?

III. Die Wahlkämpfe der Berliner Sozialdemokratie

Es gehört zu den staunenswerten Vorgängen in der Geschichte zu sehen, wie eine politische Bewegung binnen einiger Jahrzehnte von einer Randerscheinung zur vorherrschenden Kraft aufsteigt. Die Berliner Sozialdemokratie begann 1871 mit dem kleinen Häuflein von 2058 Wählern und steigerte sich bis 1912 auf eine Wählerschaft von 307 762 Mann, damit hatte sie drei Viertel der aktiven Wähler und drei Fünftel aller Wahlberechtigten Berlins hinter sich gebracht. Allein diese Zahlen beweisen, daß die Teilnahme an den Reichstagswahlen für die Partei von großer Bedeutung war, nicht nur wegen des parlamentarischen Einflusses, sondern vor allem wegen der stimulierenden Wirkung, die die Wahlkämpfe auf die Anhänger ausübten. Die Eroberung eines Wahlkreises bot ein konkretes Ziel, das die Kräfte beflügelte und einen näherliegenden Erfolg versprach als die Agitation für die sozialistische Zukunftsgesellschaft. Da im Kaiserreich auf drei Ebenen Volksvertretungen gewählt wurden – Reich, Einzelstaat und Gemeinde –, geriet die Berliner Sozialdemokratie immer wieder in eine dichte Abfolge von Wahlfeldzügen, wie 1903, 1907/08 oder 1912/13, wo in kurzen Abständen große Kampagnen fällig wurden. Jedesmal entfaltete sie einen Eifer, als gelte es, zum ersten Mal die Wähler aufzubieten, obwohl sie in Wirklichkeit das Geschäft mit einer bemerkenswerten Routine betrieb.

Die Möglichkeit, Wahlkämpfe in Wahlsiege zu verwandeln, hing für die Sozialdemokratie weitgehend von der Qualität des Wahlrechts ab, d. h. inwieweit jeder Bürger stimmberechtigt war und jede Stimme gleich gewichtet wurde. Am günstigsten waren die Voraussetzungen beim Reichstagswahlrecht, weil es gleich und allgemein für alle Männer ab 25 Jahre galt. Nachteile erwuchsen hier nur durch die unterschiedliche Gestaltung der Wahlkreise oder durch die Anlage der Wählerlisten, bei der die Behörden Spielräume zum Manipulieren hatten (Nichtberücksichtigung von angeblichen Unterstützungsempfängern, Straffälligen, Umgezogenen). Solchen Mißbräuchen schob die Sozialdemokratie einen Riegel vor, indem sie ihre Anhänger aufrief, die Wählerlisten einzusehen und Korrekturen zu beantragen: am 23. Dezember 1906 verteilte sie in Berlin über 1 Mio. Flugblätter mit einer solchen Aufforderung, angeblich sind 207 000 Personen ihr gefolgt und haben 8700 Einsprüche eingelegt⁶⁶. Unter den Bedingungen dieses Wahlrechts eroberte die Sozialdemokratie 1877 erstmals zwei Wahlkreise, die sie 1884 fest in ihren Besitz nahm und denen sie, bis auf eine Ausnahme, allmählich alle übrigen, einschließlich der in der außerstädtischen Umgebung, hinzufügte.

Der Erfolg regte am ehesten auf der Ebene der Stadtverordnetenwahlen zum Nacheifern an. Diese Wahlen liefen zwar nach dem Dreiklassenwahlrecht ab, aber da sie auf

⁶⁶ Jahresbericht 1906, 11; Vorwärts, 8. 1. 1907 („Der Wahlkampf in Groß-Berlin. Die Wählerlisten“).

den Filter des Wahlmännersystems verzichteten, also den Abgeordneten direkt und in einem Wahlgang ermittelten, boten sie den Sozialdemokraten bald Chancen, hier oder dort ihren Kandidaten durchzubringen. Jede der drei Wählerklassen verfügte über ein Drittel der Mandate und fällte ihre Entscheidung durch Mehrheitswahl in den Stimmbezirken. Für die Wähler der 3. Klasse gab es 42 (später 48) Stimmbezirke, und in einigen stellte alsbald die sozialdemokratische Wählerschaft die ausschlaggebende Mehrheit. In größerem Stile beteiligte sich die Partei seit 1883 an diesen Wahlen und begann mit fünf Mandaten⁶⁷. Sie hat fortan durch ihre Wählermassen alle anderen Parteien in den Schatten gestellt, aber die diskriminierende Wirkung der Klasseneinteilung ließ sich nicht ignorieren. Beim Wahlgang von 1913, der turnusgemäß für ein Drittel der Mandate galt, haben sich von 126 830 Wahlberechtigten der 3. Klasse nur 56 572 (= 44,6%) an der Wahl beteiligt; die sozialdemokratischen Kandidaten haben davon 48 783 (= 86,2% der abgegebenen Stimmen) auf sich vereint. In der 2. Klasse haben nur 9029 (= 28,0% der Wahlberechtigten) gestimmt, in der 1. Klasse 307 (= 39,9%) – alle drei Klassen bestellten aber jeweils eine gleiche Zahl von Abgeordneten⁶⁸! Es ist begreiflich, daß diese grotesken Disproportionen auf die Arbeiter-Wähler nicht animierend wirkten.

Noch mißstimmigere Erfahrungen machten die Sozialdemokraten, sobald sie den Kampf um Mandate im Preußischen Landtag aufnahmen. Auch hier galt das Dreiklassenwahlrecht, allerdings verschärft durch die indirekte Wahl über Wahlmänner. Im ersten Wahlgang bestimmten die Urwähler in ihren drei Klassen gleichgroße Gruppen von Wahlmännern, die in einem zweiten Wahlgang die Abgeordneten per Mehrheitswahl ermittelten. Die Folge dieses Systems war, daß die sozialdemokratischen Vertreter eine hoffnungslose Minderheit gegen die Wahlmänner der 1. und 2. Klasse bildeten. Eine Aussicht auf Erfolg hatten sie nur, wenn ein erheblicher Teil der Wahlmänner aus der 2. Klasse zu ihnen stieß, und das konnte nur gelingen, wenn die Arbeiter in der Bevölkerung überwogen und das durchschnittliche Steueraufkommen pro Kopf so niedrig war, daß viele von ihnen in die 2. Klasse eingestuft wurden. Die Erfahrung von 1903 lehrte, daß nicht einmal in den dichtbewohnten Arbeiterwahlkreisen Berlins diese Bedingungen erfüllt waren – was Wunder, daß sich die Sozialdemokraten lange Zeit scheuten, die zwecklose Übung eines Wahlkampfes in Preußen auf sich zu nehmen? Die Berliner bequemten sich zu dieser Aufgabe nur unter dem Druck der Gesamtpartei und brachten in der 3. Klasse 116 918 Wähler (= 75,7% der abgegebenen Stimmen) in die Abstimmungslokale, aber trotzdem war die Wahlbeteiligung mit 38,4% sehr niedrig. Bis 1913 wuchs sie auf 52,4%, und die Sozialdemokratie zählte 171 889 Stimmen (= 84,9%), was immer noch weit hinter dem bei Reichstagswahlen Gewohnten zurückblieb⁶⁹. Wichtiger war, daß 1906 die Sitze im Preußischen Landtag

⁶⁷ Bernstein, Geschichte, Teil 2, 116 ff.; Heinrich Gemkow, Die ersten Sozialisten im Berliner „Roten Rathaus“, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 7. Jg./Sonderheft (1965) 15 ff. Die Mandate stiegen bis 1913 auf 46, s. Fricke, Handbuch, 776; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 538.

⁶⁸ Statistisches Jahrbuch, 967.

⁶⁹ Die Ergebnisse der Berliner Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen s. bei Fricke, Handbuch, 768.

geringfügig vermehrt und die Berliner Wählerschaft in zwölf Wahlbezirke neu eingeteilt wurde, denn das erlaubte den Sozialdemokraten an mehreren Stellen einen Einbruch in die 2. Klasse. Dementsprechend erreichte sie in fünf Bezirken eine Mehrheit unter den Wahlmännern und konnte insgesamt sechs der Berliner Mandate erobern⁷⁰. Das war zwar kein angemessener, aber ein sichtbarer Erfolg und rechtfertigte wenigstens die Anstrengung einer Wahlagitation.

1. Zu den Reichstagswahlen in Berlin

Das Berliner Stadtgebiet war zwischen 1871 und 1918 gleichbleibend in sechs Reichstagswahlkreise eingeteilt. Es versteht sich, daß sich die Bevölkerungsverhältnisse in den Kreisen während der 47 Jahre erheblich veränderten und dementsprechend die Wählerzahlen sich verschoben: der zentral gelegene Wahlkreis 1 stellte 1871 11,5% und 1912 2,6% der Wahlberechtigten in Berlin, für den Wahlkreis 6 lauteten die Anteile 20,7 und 43%. Das führte dazu, daß 1912 der obsiegende Kandidat im Wahlkreis 6 142 500 Stimmen auf sich vereinte, dagegen im Wahlkreis 1 nur 8053; selbst der im Wahlkreis 6 hoffnungslos unterlegene Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei hatte dort mehr als die doppelte Zahl an Stimmen erobert als sein siegreicher Parteifreund im Wahlkreis 1.

Bei näherer Betrachtung der Wahlkreise ergibt sich, daß in ihnen die Anhängerschaft der Sozialdemokratie desto größer war, je dichter die Stadtviertel bevölkert und je proletarischer die Lebensverhältnisse der Einwohner waren. Die Wahlkreise, in denen die Sozialdemokraten bereits in den 1870er Jahren vorherrschten, bestanden aus Wohngebieten mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte.

Die Viertel, die bereits 1875 dicht besiedelt waren und es bis 1910 blieben – Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt, Stralauer Viertel –, sind die Heimstätten der frühen Wählerfolge der Sozialdemokratie. Davon wich ein Gebiet wie der Wedding ab, der 1875 noch schwach bevölkert war, dagegen 1910 die zweithöchste Wohndichte aufwies; er hat als Arbeiterviertel erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sein typisches Aussehen erhalten. Wieder anders verlief die Entwicklung im Wahlkreis 2, der 1875 mit dem Wedding auf einer vergleichbaren Ebene lag und bis 1910 nur partiell eine stärkere Verdichtung der Bevölkerung erreichte, was jedoch genügte, um der Sozialdemokratie ab 1893 die Oberhand zu verschaffen.

Die Annahme, daß die frühzeitig sozialdemokratisch gewordenen Wahlkreise nicht nur durch eine dicht wohnende, sondern auch ärmlich wohnende Bevölkerung geprägt waren, läßt sich beweisen, wenn der Karte der Wahlkreise eine kartographische Darstellung der Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer unterlegt wird (vgl. die Karte „Reichstagswahlen in Berlin 1903“⁷²). Es fällt ohne weiteres ins Auge, daß die

⁷⁰ Jahresbericht 1908, 9 f.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 488 f.

⁷² Die Karte beruht auf den statistischen und kartographischen Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 27. Jg. (1903) 202 und Kartenbeilage, sowie 31. Jg. (1909) 271; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 12/4. Entwurf und Darstellung dieser und der folgenden Karte verdanke ich Herrn Willy Schlag (Berlin).

*Bevölkerungsdichte in Teilen einiger Wahlkreise (in Bewohner je Grundstück)*⁷¹

	1875	1910
<i>Wahlkreis 6:</i>		
Rosenthaler Vorstadt	69,1	{ 75,8 111,2 102,5
Oranienburger Vorstadt	79,4	85,3
Gesundbrunnen	} 43,8	89,8
Wedding		106,1
<i>Wahlkreis 4:</i>		
Königsviertel	64,3	{ 55,8 93,3
Stralauer Viertel	73,4	{ 71,1 105,4 101,7
Luisenstadt (jenseits des Kanals)	84,9	{ 76,4 102,1
<i>Wahlkreis 2:</i>		
Schöneberger und Tempelhofer Vorstadt	48,5	{ 46,5 62,9 87,6
Berlin (Durchschnitt)	57,9	75,9

Viertel, in denen 1910 die meisten Menschen mit einfachen Unterkünften vorliebnehmen mußten, zu den Wahlkreisen 4 und 6 gehörten; in Teilen galt das auch für die Wahlkreise 2, 3 und 5. Die in mehreren Höfen gestaffelten Mietskasernen behausten das Gros der sozialdemokratischen Wähler, die dicht gedrängt und in dürftigen Verhältnissen lebend nur mühsam das Gefühl kultivieren konnten, stolze Bürger der Hauptstadt des Deutschen Reiches zu sein.

Wie erwähnt, hat sich die Sozialdemokratie in den Wahlkreisen 4 und 6 am frühesten zur Geltung bringen können. Die höchsten Wähleranteile hat sie im Wahlkreis 4 erzielt, wo sie 1912 82,4% der Abstimmenden für sich hatte, d. h. mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten. Der Wahlkreis 6 sorgte zwar bei der absoluten Zahl der Wähler für Rekorde, doch die prozentualen Anteile fielen hier etwas schwächer aus; das lag an seiner räumlichen Ausdehnung, die den bürgerlichen Parteien einige Ansatzpunkte bot und sogar den Konservativen noch einen Anteil von 6% der Stimmen gestattete (1912). Zu den Wahlkreisen, die die Sozialdemokratie ab 1893 besetzte, gehörten der zweite und der dritte. Wahlkreis 2 umfaßte den Süden der Stadt, ein ebenfalls weitläufiges, teils großbürgerliches, teils proletarisches Gebiet. Seine stadteinwärts gelegenen Viertel wie die Friedrichsstadt gerieten seit der Jahrhundertwende in den Sog der City-Bildung, d. h. Geschäfts- und Bürohäuser nahmen zu, die Einwohner ab,

⁷¹ Statistisches Jahrbuch, 266; ferner Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 369 f., 527 f.

Reichstagswahlen in Berlin 1903

Wohnverhältnisse und Wahlergebnisse

und das erhöhte das Gewicht der Arbeiterviertel bei den Wahlen. Eine bezeichnende Begleiterscheinung ist hier, daß bis 1912 die Bevölkerung insgesamt sank, die Zahl der Wahlberechtigten aber noch stieg – ein schwer zu erklärendes Phänomen, das jedenfalls auf einer Zunahme der erwachsenen männlichen Bevölkerung beruhte. Der Wahlkreis 3 hatte die geringste geographische Ausdehnung und grenzte ebenfalls an die Innenstadt, er war deshalb an der Rückbildung von Bevölkerungsdichte und Zahl der Wahlberechtigten beteiligt. Die Sozialdemokratie kam hier zum Erfolg, als es ihr gelang, die Wahlberechtigten in überdurchschnittlichem Maße zu mobilisieren und dadurch den Liberalen den Rang abzulaufen.

Ausgewählte Ergebnisse der Sozialdemokratie in Berlin bei Reichstagswahlen⁷³

		Bevölkerung	Wahlbe- rechtigte	Wahl- beteili- gung %	Sozialdemokratie		
					Wähler	Anteil an den Wäh- lenden %	Anteil an den Wahl- berechtig- ten %
Berlin	1877	966 858	174 497	46,3	31 522	39,2	18,0
	1893	1 578 794	373 930	72,3	152 638	56,1	40,8
	1912	2 009 077	507 943	80,8	307 762	75,3	60,6
Wahlkreis 1	1877	102 113	17 028	45,8	1 173	15,1	6,9
	1893	91 666	20 169	75,9	4 069	26,6	20,1
	1912	62 419	13 407	83,6	4 408	39,5	32,9
Wahlkreis 2	1877	171 424	30 521	47,0	3 988	27,9	13,0
	1893	324 788	75 347	77,6	26 667	45,7	35,4
	1912	312 909	78 330	81,6	38 131	59,8	48,7
Wahlkreis 3	1877	127 242	24 328	52,3	3 991	31,5	16,3
	1893	135 371	32 520	81,7	12 732	47,9	39,1
	1912	104 590	27 583	82,7	15 056	66,2	54,6
Wahlkreis 4	1877	227 153	42 707	45,3	10 769	55,9	25,2
	1893	395 101	93 036	70,1	46 356	71,4	49,8
	1912	517 914	133 822	81,7	89 507	82,4	66,9
Wahlkreis 5	1877	117 474	18 681	40,0	2 032	27,4	10,9
	1893	144 626	31 244	74,7	9 729	41,9	31,1
	1912	145 608	35 019	74,3	18 160	70,2	51,9
Wahlkreis 6	1877	217 564	41 232	46,5	9 569	50,1	23,2
	1893	487 242	121 564	67,0	51 569	63,5	42,4
	1912	865 637	219 782	80,7	142 500	80,8	64,8
Wahlkreis Tel- tow – Charlot- tenburg	1877	189 468	40 261	40,3	2 608	16,2	6,5
	1893	342 934	87 911	75,7	31 424	47,3	35,7
	1912	1 315 601	339 256	82,6	163 765	58,7	48,3

⁷³ Nach: Statistik des Deutschen Reichs 37/1 und 250/3; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 2/4. Die Angaben beziehen sich auf die Hauptwahl, nicht auf etwaige Stichwahlen.

Zu den Zugewinnen von 1893 gehörte auch der Wahlkreis 5, der erst 1903 fester Besitz der Partei wurde. Er war das sonderbarste Gebilde unter allen Stimmbezirken, denn er erstreckte sich als schmaler Schlauch von der nordöstlichen Peripherie bis in das Stadtzentrum, war also aus großbürgerlichen und proletarischen Vierteln gemischt. Die innerstädtische Verödung, die auch ihn betraf, stärkte die Position der Arbeiterwähler, so daß der sozialdemokratische Anteil 1912 komfortable 70,2% erreichte. An derartige Quoten war dagegen im Wahlkreis 1 nicht zu denken. Er bildete bis 1912 das Residium der Linksliberalen, die sich in ihm mit einiger Mühe behaupten konnten. Die City-Bildung hatte die unteren Bevölkerungsschichten verdrängt, so daß die bürgerlichen Wähler bei rapide sinkender Einwohnerschaft in der Mehrzahl blieben. Der hingebungsvolle Kampf, den die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie 1912 um diesen Kreis ausfochten, produzierte zwar mit 83,6% die höchste Wahlbeteiligung in ganz Berlin, ersparte den Sozialdemokraten aber nicht den Verdruß, in der Stichwahl mit 7 Stimmen in der Minderheit zu bleiben!

Ein schlagendes Beispiel für die entscheidende Bedeutung der Arbeiterbevölkerung liefern die Vorortwahlkreise, die weit in die ländliche Mark Brandenburg hinausreichten und trotzdem von den Sozialdemokraten erobert wurden (vgl. die Karte „Die Reichstagswahlkreise in der Umgebung Berlins“⁷⁴). Das geschah 1890 im nördlich und östlich anschließenden Wahlkreis Niederbarnim – in ihm gaben die stadtnahen Arbeiterviertel Lichtenberg, Weißensee und Pankow den Ausschlag – und 1893 im südlich anschließenden Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg – hier waren es die Orte Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg, die der Arbeiterpartei zum Siege verhalfen. Letzterer Wahlkreis ragte dank seiner exorbitanten Zahl an Wahlberechtigten heraus. 1912 handelte es sich um 339 256 Männer, von denen allein 163 765 sozialdemokratisch wählten – der Abgeordnete Fritz Zubeil durfte sich als der Parlamentarier fühlen, der in ganz Deutschland die größte Wählerschaft hinter sich hatte. Im westlich anschließenden Nachbarkeis Potsdam-Spandau-Osthavelland gewann der sozialdemokratische Kandidat erst 1912 das Mandat; dieses Gebiet war mit der Agglomeration Groß-Berlin nicht fest zusammengewachsen, und Spandau hatte bis 1912 unter den Städten in der nächsten Umgebung Berlins einen vergleichsweise gemäßigten Bevölkerungszuwachs erlebt.

Bei der Betrachtung der Berliner Wahlergebnisse fällt auf, daß die Wahlbeteiligung anfänglich erheblich und 1912 auch noch sichtbar unter dem Reichsdurchschnitt lag; es scheint, daß es sich nicht um ein großstadtspezifisches, sondern um ein berlinspezifisches Problem handelt, denn die durchschnittliche Wahlbeteiligung in allen deutschen Großstädten war 1898 und 1912 dem Reichsdurchschnitt angenähert⁷⁵. Das Bild ändert sich jedoch, sobald auf die Position der Sozialdemokraten gesehen wird.

⁷⁴ Die Karte beruht auf einer vereinfachten Wiedergabe von *Otto Büsch*, *Der Brandenburger als Reichstagswähler 1912*; in: *Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin* (Berlin/New York 1973).

⁷⁵ S. *Gerhard A. Ritter / Merith Niebuss*, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch* (München 1980) 105, 116. Erwähnenswert ist, daß Berlin 1878, 1881 und 1884 eine deutlich überdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufwies, die dem damaligen Kräfteressen zwischen Linksliberalen, Sozialdemokraten und Konservativen zu verdanken war.

Die Reichstagswahlkreise in der Umgebung Berlins

Wahlkreise im Regierungsbezirk Potsdam

VI Niederbarnim

VII Osthavelland

X Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg

Bevölkerungsdichte

> 200 E/km² (1912)

0 10 20 30 km

Sie haben in Berlin wesentlich höhere Wähleranteile errungen als im Reich, z. B. 1877 39,2 : 9,1% und 1912 75,3 : 34,8%. Auch unter den Großstädten standen sie 1912 unerreicht da, nicht einmal die Hamburger kamen auf eine vergleichbare Quote⁷⁶. Daraus erhellt, daß die Berliner Bevölkerung mehr als in anderen Großstädten der Arbeiterschaft zuzurechnen war, und daß hier die Sozialdemokraten ihre Anhängerschaft besonders wirkungsvoll mobilisiert haben. Nicht nur, daß Berlin und die drei umgebenden Wahlkreise 1912 14% der gesamten sozialdemokratischen Wählerschaft im Reich aufbrachten, hebt die Bedeutung der hiesigen Partei hervor, sondern es dürfte auch die in jahrzehntelanger Parteiarbeit gewachsene Organisation eine Dichte und Effizienz erreicht haben, die in Deutschland ihresgleichen suchte.

Mögen die Wahlerfolge der Sozialdemokratie noch so bewundernswert sein, so sollte doch nicht übersehen werden, daß sie durch die Tendenz des Mehrheitswahlrechts, den Sieger zu begünstigen, gesteigert worden sind. 1912 hat die Sozialdemokratie in Berlin und Umgebung acht von neun Mandaten, aber nur zwei Drittel der Wähler (68%) innegehabt. Ursprünglich hatte sie die Nachteile des Wahlsystems zu tragen, denn solange sie starke Minderheiten bzw. nur in zwei Kreisen die Mehrheit stellte, befanden sich Mandate und Wählerschaft im Mißverhältnis. Doch seit 1893 und spätestens 1903 kehrte sich die Situation um. Nun bekam die Sozialdemokratie die Kreise 2, 3 und 5 in ihre Hand, außerdem die Vorortwahlkreise, und das bedeutete, daß die dort teilweise beachtliche Minderheit bürgerlicher Parteien leer ausging⁷⁷. Die hauchdünne Mehrheit, die die Liberalen im Wahlkreis 1 behielten, bot nur eine bescheidene Kompensation.

Die Abgeordneten, die die Berliner Wählerschaft im Reichstag vertraten, stellten eine Mischung von Außenseitern, Intellektuellen und Parteiarbeitern dar. Als Außenseiter bürgerlicher Herkunft ist Paul Singer anzusehen, der von 1884 bis zu seinem Tode 1911 den Wahlkreis 4 innehatte. Es hatte seinen eigenen Reiz, daß der stramm proletarische Kreis einen Abgeordneten auf den Schild hob, der als bürgerlicher Unternehmer nur dank seiner demokratisch-sozialen Einstellung, seiner materiellen Hilfsbereitschaft und seines organisatorisch-parlamentarischen Geschicks eine führende Stellung in der Sozialdemokratie erlangen konnte. Zu den Intellektuellen wären Rechtsanwälte wie Arthur Stadthagen (Niederbarnim), Wolfgang Heine (Wahlkreis 3) oder Karl Liebknecht (Potsdam-Spandau) sowie der Journalist Georg Ledebour (Wahlkreis 6) zu rechnen. Auch sie waren Männer von bürgerlichem Habitus, die als Akademiker und Freiberufler vom durchschnittlichen Funktionärstyp der Sozialdemokratie beträchtlich abwichen. Zu diesem Funktionärstyp gehörten am ehesten Richard Fischer (Wahlkreis 2), Robert Schmidt (Wahlkreis 5) und Fritz Zubeil (Teltow-Charlottenburg). Fischer war von Beruf Schriftsetzer, einige Jahre Mitglied des Parteivorstands und ab 1893 Leiter der Buchhandlung bzw. Druckerei des „Vorwärts“. Schmidt, ursprünglich Klaviermacher, arbeitete als Redakteur am „Vorwärts“ und gehörte seit 1902 der Generalkommission der Gewerkschaften an. Fritz Zubeil begann ebenfalls als Tischler und Klavierbauer, betätigte sich in der gewerkschaftlichen Bewegung Ber-

⁷⁶ Ritter/Niebuß 115; die auf S. 113 für die Großstädte Badens genannte Quote von 84,5% dürfte ein Druckfehler sein (statt 54,5%).

⁷⁷ Vgl. zu dieser Problematik die Bemerkungen bei Bernstein, Geschichte, Teil 3, 212.

lins und erlangte 1890 ein Mandat als Stadtverordneter. Seine politische Aktivität kostete ihn den Arbeitsplatz, so daß er zunächst als Gastwirt sein Auskommen suchte und 1898 als Expedient in den Verlag „Vorwärts“ eintrat⁷⁸. Diese Abgeordneten gaben einen repräsentativen Eindruck von der gehobenen Elite der Sozialdemokratischen Partei: eine Mischung von bürgerlichen Sympathisanten und proletarischen Aufsteigern, denen die Arbeiterbewegung eine soziale Existenz, auf jeden Fall aber das Sprungbrett für eine politische Karriere bot.

Bezeichnend für das Prestige der Abgeordneten – oder für den Traditionalismus der Berliner Partei – war, daß sie in der Regel über Jahrzehnte hinweg immer wieder als Kandidaten nominiert wurden. Eine gut geölte Parteimaschinerie sorgte dafür, daß ohne Verzug und irritierende Diskussion die Wahlkreise geschlossen für ihre Kandidaten ins Gefecht zogen. Das zeigte sich besonders Ende 1906, als der Reichstag vorzeitig aufgelöst wurde und die Parteien sich aus dem Stand in den Wahlkampf stürzen mußten. Schon nach fünf Tagen hielten die Berliner Wahlvereine ihre Generalversammlungen ab, auf denen die bisherigen Abgeordneten per Akklamation erneut gekürt wurden. „Jubelnd hob man von neuem die Männer auf den Schild, die berufen sind, wie sie berufen waren, im Reichstag die Interessen des Volkes im Auftrage des Proletariats von Groß-Berlin zu vertreten“ – so die Berichterstattung des „Vorwärts“. Der Auftritt Singers in seinem 4. Wahlkreis wurde „mit brausendem, nicht enden wollendem Jubel und Hochrufen“ quittiert⁷⁹. Aus der Art des Verlaufs geht hervor, daß das Ganze keine wägende Entscheidung war, sondern eine demonstrative Handlung, die die eigenen Parteigänger erheben und die bürgerlichen Widersacher verängstigen sollte. Es war nicht ganz unbegreiflich, daß ein Kritiker des Berliner Organisationslebens von „einem Modus der Kandidatenaufstellung“ sprach, „der gegen Kardinalsätze der Demokratie verstieß“⁸⁰. Allerdings räumte er ein, daß Wahlvereine mit Zehntausenden von Mitgliedern kaum anders verfahren konnten, als die Vorentscheidungen einem inneren Zirkel von Funktionären zu überlassen. Die Massendemokratie entwickelte halt auch in den Parteien ihre spezifischen Züge.

2. Zu den Preußischen Landtagswahlen

Wie schon erwähnt, waren die Landtagswahlen in Preußen eine Aufgabe, von der sich die Sozialdemokraten lange ferngehalten haben. Wenn die Berliner sich 1903 herbeiließen, sich dieser Mühe zu unterziehen, so leitete sie dabei nicht nur die Parteidisziplin, sondern auch die Absicht, der Öffentlichkeit die Widersinnigkeit des Drei-

⁷⁸ Vgl. die Biographien für alle Genannten (außer Zubeil) in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon (Berlin 1970), für Zubeil s. Reichstags-Handbuch, III. Wahlperiode (Berlin 1925) 398, und Bernstein, Geschichte, Teil 3, 212. Ferner für alle Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898 – 1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 2, Düsseldorf 1986).

⁷⁹ Vorwärts, 19. 12. 1906 („Die Eröffnung des Wahlkampfes in Groß-Berlin“).

⁸⁰ Bernstein, Demokratie, 1111. Ein abweichendes Beispiel bietet die Kandidatur Wolfgang Heines 1898 im Wahlkreis 3, s. Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 402 ff.

klassenwahlrechts vor Augen zu führen. Denn was konnte grotesker sein, als wenn die Partei mit der riesigen Mehrheit der Wähler keinen einzigen Abgeordneten stellen würde? Und so war es: 122 150 sozialdemokratische Wähler standen gegen 27 847 bürgerliche, jedoch die sieben Mandate wurden eine Beute der Liberalen⁸¹. Dieses Schicksal konnten die Hunderte von sozialdemokratischen Wahlmännern nicht wenden, aber sie konnten die Wahl des Abgeordneten in ein absurdes Theater transformieren: es gelang ihnen vereinzelt, den Wahlvorgang, dessen Ergebnis von vornherein gewiß war, in eine schier endlose Prozedur zu verwandeln. Im Wahlkreis Teltow-Charlottenburg z.B. hatten die Sozialdemokraten 654 und die Liberalen 836 Wahlmänner erreicht, beide Parteien zusammen hätten die Konservativen überbieten und die Abgeordneten, die hier zu ermitteln waren, unter sich verteilen können. Da die Liberalen solch eine Absprache ablehnten, flohen die Sozialdemokraten in die Obstruktion. Sie nutzten den Umstand, daß die Wahlmänner in gemeinsamer Versammlung nach Namensaufruf abstimmen mußten, dazu, das Verfahren in die Länge zu ziehen; sie gingen betont gemächlich und ruhig zu Werke und taten das auch beim zweiten Wahlgang, der Stichwahl zwischen den liberalen und konservativen Bewerbern, obwohl sie nur noch ungültige Stimmen zur Protokoll gaben. Der Erfolg der Übung: der Wahlakt zog sich einen Tag und eine Nacht hin – ein idiotischer Alldruck⁸²!

Derartige Kuriositäten trugen dazu bei, die bescheidene Wahlrechtsreform von 1906 vorzunehmen. In Berlin und seiner südlichen Umgebung wurden die Wahlkreise und die Mandate vermehrt, und das verbesserte die Aussichten der Sozialdemokraten, in proletarisch geprägten Wahlbezirken siegreich zu sein. Wie schon bemerkt, kam es darauf an, möglichst viel Wahlmänner in der 2. Klasse zu gewinnen, und das konnte nur dort geschehen, wo eine größere Zahl von Arbeitern in diese Klasse als Urwähler eingestuft wurden. Im Wahlkreis XI, den die Sozialdemokraten 1908 eroberten, schloß der Steuerbetrag, der für die Einstufung der Wähler in die 2. Klasse maßgebend war, in den meisten Wahlrevieren mit weniger als 60 M jährlich ab (er sank häufig bis 32 M ab); dagegen im Wahlbezirk II, den die Liberalen behaupteten, unterschritt der Grenzbetrag selten 100 M und stieg im Extrem bis auf 50 702 M⁸³. Aus dieser Kon-

Stellung der Sozialdemokratie im Wahlbezirk XI bei der Preussischen Landtagswahl 1908⁸⁴

	Wahlberechtigte	sozialdemokratische	liberale	sonstige
Urwähler 1. Kl.	1 312	340	294	185
2. Kl.	7 539	3 664	253	894
3. Kl.	26 571	14 600	156	1 168
Wahlmänner (von 484)		352	115	–
gewählter Abgeordneter	Karl Liebknecht			

⁸¹ Bernstein, Geschichte, Teil 3, 416.

⁸² S. die Schilderung bei Bernstein, Geschichte, Teil 3, 420 ff.

⁸³ S. die detaillierten Angaben in Statistisches Jahrbuch, 939 ff., 960 ff.

⁸⁴ Georg Evert, Die preussischen Landtagswahlen von 1908 und aus früheren Jahren, in: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, Ergänzungsheft XXX (1909) XXXV, 15, 231. Der Wahlbezirk XI umfaßte Wedding und Gesundbrunnen.

stellation ergab sich, daß im Wahlbezirk XI viele Arbeiter in die 2. Klasse der Wähler kamen und dort für sozialdemokratische Wahlmänner stimmten. Die Wirkung im einzelnen sei an einem Beispiel demonstriert (s. Tabelle S. 248).

Hier ist an einem Extremfall zu sehen, wie unter Umständen die Liberalen sogar in der 1. Klasse gegen die Sozialdemokraten den Kürzeren ziehen konnten, allerdings bedurfte es dazu solch eines typischen Arbeiterviertels, wie es der Wedding vor dem Ersten Weltkrieg war. Wenn die Liberalen trotz ihrer klaren Unterlegenheit fast ein Viertel der Wahlmänner erlangten, so verdankten sie das wohl der Unterstützung durch die „sonstigen“ Urwähler.

Der Erfolg der Sozialdemokraten hat sich 1908 zwar in fünf anderen Wahlbezirken wiederholt, aber insgesamt brachte das Wahlergebnis das unvermeidlich schiefe Bild. Von 243 942 abstimmenden Urwählern haben die Sozialdemokraten 179 591 und die Liberalen 23 266 auf sich vereint, jedoch jede Partei hat sechs Mandate erhalten⁸⁵. Der Eindruck demokratischer Unzulänglichkeit verstärkte sich erheblich ob der Tatsache, daß in den Vororten die Sozialdemokratie überall leer ausging. Obwohl bei der Reform von 1906 der Wahlkreis Teltow-Charlottenburg in drei Wahlbezirke zerlegt worden ist, gab es nirgends eine Mehrheit sozialdemokratischer Wahlmänner; selbst in Rixdorf-Schöneberg unterlag Otto Wels einem Liberalen mit 528 : 556 Wahlmännerstimmen⁸⁶. Angesichts derartiger Erfahrungen ist es begreiflich, daß die Berliner Sozialdemokraten in den folgenden Jahren ungestüm die grundlegende Reform des preußischen Wahlrechts forderten.

3. Die Berliner Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf 1906/07

Es ist schon erwähnt worden, daß im Winter 1906/07 kurzfristig ein Reichstagswahlkampf fällig wurde, weil die Regierung das Parlament wegen seiner Opposition in kolonialpolitischen Fragen aufgelöst hatte. Mehr noch als dieser Anlaß bestimmte der Wunsch, die Parteienkonstellation und damit die Mehrheitsverhältnisse zu verändern, den Reichskanzler, Bernhard von Bülow, dazu, die Konfrontation zwischen Regierung und Volksvertretung auf die Spitze zu treiben. Das zeigte sich auch darin, daß der Wahlkampf unter maßgeblichem Einfluß des Kanzlers und der Behörden gegen die Sozialdemokraten gerichtet wurde, die 1903 so ungewöhnlich erfolgreich gewesen sind⁸⁷. Diese Ausgangslage nötigte die Sozialdemokratie zum Aufgebot aller ihrer Kräfte, denn die Front ihrer Gegner schloß sich fester zusammen als jemals zuvor.

Der Auftakt ihres Wahlkampfes in Berlin erfolgte schlagartig und präzise am 18. Dezember 1906. Die Nominierung der Kandidaten gestaltete sich zu brausenden Proklamationen, in denen man sich „heilig“ gelobte, „mit aller Energie gegen die reaktionäre Masse“ vorzugehen und „ein Heer bilden“ zu wollen, „das unter allen Umständen siegen muß“⁸⁸.

⁸⁵ Evert, 166, 230 f., XXXV.

⁸⁶ Evert, XXXVI.

⁸⁷ Vgl. hierzu Dieter Fricke, Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961) 538 ff.

⁸⁸ Vorwärts, 19. 12. 1906 („Die Eröffnung des Wahlkampfes in Groß-Berlin“).

Es gehörte zur Strategie des Wahlkampfes, die Anhänger durch klare und recht hohe Zielvorgaben zu vollem Einsatz anzueifern und auf neuerliches Stimmwachstum zu programmieren. Die Gesamtpartei wollte man „mit einer Stimmenzahl von über vier Millionen aus der Wahl hervorgehen“ sehen, in den einzelnen Berliner Wahlkreisen lautete, je nach Lage der Dinge, das Ziel entweder auf Übertreffen einer bestimmten Wählerzahl (Teltow-Charlottenburg: „Diesmal 100 000 Stimmen“), oder auf Erhöhung des Stimmenanteils (Wahlkreis 5: im Einklang mit der bisherigen Wachstumsquote jetzt 67,27% der Wähler gewinnen) oder auf Steigerung des Anteils an den Wahlberechtigten (Wahlkreis 6: die Zahl der Wähler müsse „an die 100 000 herangehen“ und den Anteil an den Stimmberechtigten auf über 50% bringen). Ganz allgemein wurde geltend gemacht, daß jede Stimme herangeholt werden müsse, denn „vergeßt nicht, daß diesmal die Zahl der Stimmen die politische Lage bestimmt“; die Berliner müßten bedenken, „daß bei der Summierung der im Reiche für die Partei abgegebenen Stimmen alle Stimmen gleich schwer wiegen“ und folglich der in Berlin leicht zu erzielende Zugewinn sein großes Gewicht habe⁸⁹. Den Berlinern wurde auf diese Weise eingeschärft, daß sie nicht nur ihre relativ sicheren Wahlkreise behaupten, sondern außerdem einen großen Stimmenzuwachs ansteuern sollten, damit die Bilanz für die Gesamtpartei positiv beeinflusst würde. Denn es war klar, daß die Partei gegenüber dem konzentrischen Angriff von Regierung und bürgerlichen Parteien im Reich viele Mandate verlieren würde, um so wichtiger war deshalb eine positive Bilanz bei den Wählerstimmen.

Das andere, negativ formulierte Ziel bestand darin, die Konkurrenz der Freisinnigen Volkspartei niederzuhalten. Sie war in der Stadt der einzige nennenswerte Rivale und hoffte, in den Wahlkreisen 2, 3 oder 5 einiges vom verlorenen Boden gut machen zu können. Derartigen Träumereien wollten die Sozialdemokraten durch Verbreitung eines klaren Feindbildes vorbeugen: sie wurden als „Freisinnsmäuslein“, die auf den Speck der Regierung hereingefallen seien, oder als „getreue Bernhardiner“ ironisiert, vor allem aber als „freisinnige Schutztruppe für das persönliche und militärische Regiment“ abgestempelt, deren jammervolles Verhalten dazu geführt habe, daß nun „das Bürgertum in Deutschland ... durch und durch reaktionär“ sei. Freiheit und Kultur könne das deutsche Volk nur noch von der Sozialdemokratie erwarten, insofern sei es schlechterdings „unmöglich, daß ein klassenbewußter Arbeiter einen Freisinnigen wählen könne“, wenngleich es noch viele Arbeiter gäbe, die „nicht begriffen haben, daß sie zum Proletariat gehören“ und vom Bürgertum keine Hilfe zu erwarten hätten⁹⁰.

Schnittpunkt all dieser Deduktionen war die Feststellung, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokratie stünden und daß es deshalb kein Paktieren geben könne. Der Verlauf des Wahlkampfes bestätigte die Diagnose, denn mehrfach bemühten sich Konservative und Liberale um Sammelkandidaturen, was ihnen allerdings nur im Wahlkreis Niederbarnim wirklich glückte, aber die Dämpfung der

⁸⁹ Aus verschiedenen Wahlkampfberichten des Vorwärts vom 19. 12. 1906, 8./10./12./16. 1. 1907.

⁹⁰ Aus Vorwärts, 19. 12. 1906, 10./19. 1. 1907.

Gegensätze im bürgerlichen Lager war unverkennbar. Besonders unerfreulich war, daß gegen mehrere sozialdemokratische Kandidaten eine persönlich zugespitzte, verhetzende Agitation eröffnet wurde, die deren Glaubwürdigkeit und Integrität erschüttern sollte. Am rücksichtslosesten betrieb diese Klopffechtere eine nationalistisch-antisemitische Clique im Wahlkreis Niederbarnim, die offensichtlich vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ausgeschiedt wurde und sich mit bössartiger Beharrlichkeit auf den sozialdemokratischen Kandidaten Stadthagen stürzte⁹¹. Es fiel der Partei zwar nicht schwer, die plumpen Anwürfe zu widerlegen, aber das verbreitete Gift persönlicher Ehrabschneiderei trübte das Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien erheblich.

Zu den Auffälligkeiten der Wahlkampfberichte gehören die pathetischen Töne, die in die sozialdemokratische Agitation einfließen. Sie dienten dazu, kollektive Emotionen auszulösen, das Gemeinschaftsgefühl, das Sendungsbewußtsein und die Siegesgewißheit zu heben. Teils spielten sie auf die Klassenlage der Zuhörer an, teils auf die weitergehenden Aufgaben der Partei gegenüber Staat und Nation und durchgängig betonten sie die eigenständige Rolle der Sozialdemokratie als Verfechterin der Volksinteressen. Die höchste Form des Pathos war wohl, wenn auf den Erlösungscharakter des Sozialismus angespielt und der deutschen Arbeiterklasse „eine große Mission“ zugeschrieben wurde: „wir müssen ... ständig das Evangelium des Sozialismus predigen“ (Singer), die Sozialdemokratie sei „die Verkünderin des neuen Evangeliums“ (Zubeil)⁹². Sehr viel wirklichkeitsnäher klang es, wenn die Rolle „der einzigen Partei, welche für die Rechte des Volkes kämpft“ (Ledebour), beansprucht und im Gegensatz zu Kaiser und Regierung verlangt wurde, „daß des Volkes Wille das höchste Gesetz sein müsse“ (Singer)⁹³. Hieran ließ sich auch ein Eintreten für nationale Interessen anknüpfen, nämlich in dem Sinne, daß das sozialdemokratische Streben nach mehr Demokratie der nationalen Ehre besser diene als eine militante Machtpolitik. Es sei „eine nationale Schande, daß der Deutsche ein untertäniger Diener und kein freier Mann ist“; wenn die Sozialdemokraten erreichten, „daß in Deutschland Unterdrückung und Ungerechtigkeit verschwänden“, dann machten sie „dem deutschen Namen wirklich Ehre“ (Heine)⁹⁴.

Die ins Allgemeine gehende Aussage konnte eine spezifisch sozialistische Färbung annehmen, wenn der Machtanspruch der Arbeiterklasse mit der Aufhebung der Klassenherrschaft identifiziert wurde. Die Sozialdemokratie sei wohl „die Partei der klassenbewußten Arbeiter, aber ihre Ziele seien auf das Ganze gerichtet und ihr Ideal die Abschaffung jeder Klassenherrschaft“ (Heine)⁹⁵. Doch in der Regel herrschten klassenkämpferische Töne nicht vor, statt dessen wurde gerne die Größe und Macht der Arbeiterschaft zum Anklingen gebracht, indem von der „kampffrohen Proletariermenge“, den „Arbeitermassen“ und „Arbeiterbataillonen“ gesprochen wurde, die auf den Versammlungen erschienen. Das glitt mitunter in das Eigenlob sozialdemokrati-

⁹¹ S. Vorwärts, 15. 1. 1907 („Der Wahlkampf in Groß-Berlin ... Niederbarnim“), 17. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Wahlschwindel“).

⁹² Vorwärts, 19. 12. 1906 (Singer), 6. 1. 1907 (Zubeil), 10. 1. 1907.

⁹³ Vorwärts, 15. 1. 1907 (Ledebour), 24. 1. 1907 (Singer).

⁹⁴ Vorwärts, 19. 12. 1906, 22. 1. 1907.

⁹⁵ Vorwärts, 13. 1. 1907 (vgl. auch 5. und 8. 1. 1907).

scher Erziehung hinüber, wenn beifällig berichtet wurde, daß die „sturmerprobten, begeisterten Proletarier“ durch ihre „ruhige Disziplin und Schulung“ für einen geordneten Ablauf der Wahl trotz Massenandranges sorgten⁹⁶. Ungeachtet der emotionalen Züge, die das Vokabular besitzt, ist es darauf gerichtet, die gewünschte Bewegung von der unberechenbaren, tumultuarischen Aktion fernzuhalten und ihren Schwung in einen geordneten, geplanten Ablauf einzubinden – gewollt ist die Symbiose von Gefühl und Disziplin.

Obwohl der Agitation die revolutionäre Deklamation fehlte, fällt doch gelegentlich ein schärferer, antiparlamentarischer Akzent auf. Es wurde geltend gemacht, daß es nicht mit der Wahl eines anderen Reichstags getan sei, sondern daß „eine andere Regierung im Sinne des Volkes“ notwendig sei, und noch einen Schritt weitergehend konnte gesagt werden, daß der sozialistische Zukunftsstaat „jedenfalls nicht im Reichstag, sondern sehr wahrscheinlich auf anderem Boden“ entstehen werde (Robert Schmidt). Als das unbefriedigende Wahlergebnis bekannt war, meinte ein Funktionär, es gelte „vor allem, die Arbeiterschaft mit sozialistischem Geist zu durchdringen“, denn bekanntlich könne „der Parlamentarismus allein uns nicht zum Ziele führen“⁹⁷. Solche Bemerkungen sind sorgfältig zu beachten, denn sie bringen den Zweifel am parlamentarischen Weg der Partei zum Ausdruck und deuten die Bereitschaft zu einer anderen politischen Option an. Aber alles in allem bestimmte auch diesen Wahlkampf das Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrecht als dem wichtigsten politischen Recht und zur Wahlbeteiligung als oberster Pflicht.

Der Wahlkampf hatte im wesentlichen drei Erscheinungsformen: die Versammlungen, die Flugblattaktionen und die verschiedenen Dienste am Wahltag selbst. Die Versammlungen konnten brechend volle Massenveranstaltungen oder örtliche Treffen kleiner Anhängergruppen sein, sie reichten von der städtischen Großkundgebung bis zur dörflichen Kneipenrunde, zu der sich der Agitator aus der Stadt einstellte. Die Variationsbreite der Veranstaltungen war beträchtlich und zeugte von der Anpassungsfähigkeit der sozialdemokratischen Agitation.

Am geschlossensten wirkte der Auftakt am 18. Dezember, wo in Mitgliederversammlungen der Wahlkreise die Kandidaten proklamiert wurden. Die Veranstaltungen, die sich an die weitere Öffentlichkeit wandten, setzten Anfang Januar ein und erreichten zu den Wochenenden hin oft eine große Dichte. In den Wahlkreisen mit zahlreicher Anhängerschaft liefen Serien von 8 oder 9 Versammlungen gleichzeitig ab, die selbst dann überfüllt waren, wenn die Redner aus dem zweiten Glied der Agitatoren stammten⁹⁸. Oft wurden die Lokale wegen des Gedränges von der Polizei vorzeitig abgesperrt wie z. B. am 20. Januar, als August Bebel in einem Hotel am Alexanderplatz sprach⁹⁹. Die Redner, die die Partei in Berlin aufbot, gehörten meistens zur Prominenz und strahlten eine starke mobilisierende Wirkung aus. An der Spitze standen die Kandidaten, von denen vor allem Stadthagen und Zubeil in ihren ausgedehnten, mit vielen Ortsvereinen besetzten Wahlkreisen ein großes Pensum leisteten. Es war ein

⁹⁶ Aus verschiedenen Berichten; Vorwärts, 19. 12. 1906, 19./22./26. 1. 1907.

⁹⁷ Vorwärts, 5./10. 1. 1907 (Schmidt), 26. 1. 1907 (Wolderski).

⁹⁸ Vgl. die Berichterstattung über den Wahlkreis 4 in: Vorwärts, 19. 1. 1907.

⁹⁹ Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Fünfter Wahlkreis“).

spezifischer Vorteil Berlins, daß hier der Parteivorstand und die Redaktion des Zentralorgans residierten und deren Mitglieder häufig auf Versammlungen auftraten (u.a. Friedrich Ebert, Wilhelm Düwell, Heinrich Ströbel). Doch selbst die Funktionäre in den Wahlkreisen besaßen genügend Zugkraft, um für volle Säle zu sorgen. Es ist zu vermuten, daß es in Berlin keine Mühe bereitete, Redner zu finden, denn von den Parteivorsitzenden (die beide Berliner Parteimitglieder waren) bis zu den örtlichen Funktionären bot sich hier eine reiche, leicht verfügbare Auswahl an Personen an.

Die Formen der Veranstaltungen richteten sich ganz nach den Gegebenheiten. Die großen Versammlungen nahmen in der Regel einen akklamatorischen, demonstrativen Charakter an. Bebel z.B. wurde am 20. Januar „mit stürmischem Jubel“ begrüßt, seine lange Rede begleiteten „stürmische Zustimmung“ und „donnernder anhaltender Beifall“, am Ende meldete sich niemand mehr zur Diskussion und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und weiteren Hochs auf Bebel und den Kandidaten Schmidt gingen die Zuhörer auseinander¹⁰⁰. In den kleineren Versammlungen dagegen fehlte es nicht an der direkten Auseinandersetzung mit den Gegnern, sie wurden regelmäßig zur Stellungnahme aufgefordert, oft auch zur Teilnahme eingeladen, und gelegentlich entwickelte sich daraus ein lebhafter, interessanter Disput, wie es für den 13. Januar aus Friedenau berichtet wurde¹⁰¹. Doch meistens haperte es mit der sachlichen Diskussion, weil die bürgerlichen Gegner zu unqualifizierten Argumenten griffen bzw. in den Arbeitergegenden den Versammlungen fernblieben.

Wo es geboten war, griff die Sozialdemokratie zu einer ausgesprochenen Zielgruppenarbeit, d.h. sie sprach kleinere Berufsgruppen an, denen sie im örtlichen Rahmen eine besondere Bedeutung beimaß. So gab es Veranstaltungen für Handlungsgehilfen, für Hotelpersonal und für Diener (letztere in Schmargendorf, einer wohlhabenden Wohngegend), wobei mitunter auch ausgefallene Tageszeiten gewählt wurden¹⁰². Ein anderer Spezialfall war die Landagitation. Die Sozialdemokratie scheute sich nicht, kleine und kleinste Orte, oft von Berlin weit entfernt, aufzusuchen, um dort ihren Anhängern etwas Rückenstärkung zu geben. Am 30. Dezember 1906 wurde z.B. in Staakow, einem etwa 60 km südlich von Berlin entfernten Ort mit 60 Wählern, eine Versammlung durchgeführt, zu der 40 Personen erschienen sind. Der Referent kam aus Charlottenburg und prägte seinen Zuhörern „den grundsätzlichen Gegensatz in den Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu denen aller anderen Parteien“ ein; das erhoffte Ziel war, hier die bisher 17 Wähler verdoppeln zu können¹⁰³. Andere Touren führten in den Kreis Niederbarnim, und nicht selten mußten die Berliner Genossen sonntags bereits um 6.30 Uhr aufbrechen, um die entlegenen Orte zu erreichen. Viel Mühe bereitete es, die notwendigen Versammlungsräume zu sichern, da die Gastwirte unter dem Druck konservativer Amtsvorsteher die Aufnahme der Sozialdemokraten verweigerten. Einen letzten Ausweg bot dann das Zusammentreten

¹⁰⁰ S. die Berichterstattung in: Vorwärts, 22. 1. 1907.

¹⁰¹ Vorwärts, 17. 1. 1907 („Wahlversammlungen. Kreis Teltow“).

¹⁰² S. die Hinweise in: Vorwärts, 11. 1. („Der Wahlkampf ... Kreis Teltow“), 12. 1. („... Im zweiten Wahlkreise“) und 24. 1. 1907 („Wahlversammlungen. Erster Wahlkreis“). Die Veranstaltung für das Hotelpersonal fand 1 Uhr nachts statt.

¹⁰³ Vorwärts, 1. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Wählerversammlungen im Kreise Teltow“).

unter freiem Himmel dar, was trotz des Winterwetters mehrfach geschah. In Schönwalde, nordwestlich von Spandau, kam es am 20. Januar zu solch einer Versammlung im Freien, die bei „starkem Schneegestöber von 60–70 Personen besucht“ war¹⁰⁴.

Andere Widrigkeiten, auf die sozialdemokratische Veranstaltungen stießen, gingen von der Polizei aus. Sie hatte es durch die aufsichtführenden Beamten in der Hand, die Versammlungen vorzeitig zu beenden, wenn sie einen Anlaß dazu sah. Anlaß konnte sein das Eintreten der Polizeistunden (außerhalb Berlins meistens 22 Uhr, aus diesem Grunde wurde in Lichterfelde mehrfach eingegriffen), es konnte auch der beginnende Kirchgang auf einem Dorf sein, die Anwesenheit von Frauen in einer öffentlichen Versammlung (was aber rechtlich zulässig war!) oder nur ein kesser Zwischenruf wie der: „am 27. Januar müsse auch auf dem Schlosse die rote Fahne wehen“¹⁰⁵. Die manchmal unberechenbaren Reaktionen des Polizisten stellten den Versammlungsleiter vor eine schwierige Situation, in der er nicht ohne ein gerüttelt Maß an Rechtskenntnis und Psychologie bestehen konnte. Mitunter wußten aber auch die Sozialdemokraten vom Versammlungsrecht auf ihre Weise Gebrauch zu machen, wie z. B. in Reinickendorf, wo sie eine Veranstaltung der Liberalen besuchten, mit ihrer Mehrheit die Wahl einer eigenen Leitung durchsetzten und nach dem Auszug der empörten Einberufer das Treffen für beendet erklärten, weil sie in dem Lokal, dessen Wirt ihnen feindlich war, nicht weiter tagen wollten – die liberale Versammlung war also gesprengt worden¹⁰⁶.

Zu den organisatorischen Großtaten der Berliner Sozialdemokratie gehörten die Flugblattaktionen, die während des Wahlkampfes beinahe in wöchentlicher Folge stattfanden. Vor der Januarwahl 1907 wurden drei bis acht verschiedene Ausgaben von Flugblättern in den Wahlkreisen verteilt, deren Gesamtauflage 4,49 Mio. Exemplare erreichte¹⁰⁷. Diese Massen von Papier richtig zu verteilen, bedurfte einer ausgeklügelten Planung und der Mitarbeit vieler Menschen: die Partei glaubte eher niedrig zu schätzen, wenn sie „die Zahl der Genossen bei einer Flugblattverbreitung in Groß-Berlin auf 20 000“ veranschlagte¹⁰⁸. Dieses Heer von Kolporteuren wurde durch Aufrufe in der Presse zu seinen Einsatzorten dirigiert, „unbedingtes und pünktliches Erscheinen“ wurde eingeschärft, häufig auch „die Pflicht jedes Mitgliedes, sich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen“, hervorgehoben¹⁰⁹. In der Regel begann die Aktion sonntags früh um 8 Uhr, und das im Winter, der sich bereits im Dezember mit tiefen Temperaturen und viel Schnee eingestellt hatte. Führte die Tour über Land, fand der Aufbruch auch schon um 7 Uhr statt. Die Einsatzbereitschaft von Menschen, die normalerweise am Sonabend noch gearbeitet hatten und Sonntag früh scharenweise ih-

¹⁰⁴ Vorwärts, 24. 1. 1907 („Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg“).

¹⁰⁵ S. die Angaben im Vorwärts, 1. 1. („Wählerversammlungen im Kreise Teltow), 9. 1. („Eine polizeiliche Ordnungstat“), 19. 1. („Der Wahlkampf ... Sechster Wahlkreis“), 23. 1. 1907 („... Niederbarnim“). Der 27. Januar war bekanntlich der Geburtstag Wilhelms II., und die Wahlen fanden am 25. Januar 1907 statt.

¹⁰⁶ Vorwärts, 12. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Niederbarnim“).

¹⁰⁷ Jahresbericht 1906, 14.

¹⁰⁸ Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wert der Kleinarbeit“).

¹⁰⁹ S. die Ankündigungen in: Vorwärts, 29. 12. 1906 („Partei-Angelegenheiten“).

rem politischen Engagement folgten, spricht für sich. Die Partei war verständlicherweise stolz auf den Idealismus ihrer Anhänger, die sich freiwillig einer guten Sache widmeten und sich glänzend abhoben von den Wahlhelfern anderer Parteien, die als „bezahlte Mietlinge ... ihre Arbeit ohne Interesse verrichteten“¹¹⁰.

Vollends auf die Höhe gelangte die organisatorische Feinarbeit am Wahltag. Er sah einen Großeinsatz der Partei. Noch einmal steigerte sich das Aufgebot der Kräfte, und nicht ohne Behagen hieß es hernach, „die Angaben gegnerischer Blätter, die Partei habe am Wahltag in Groß-Berlin über ca. 40 000 Genossen zur Hilfeleistung verfügt, sind eher zu niedrig als zu hoch gegriffen“¹¹¹. Was jetzt gebraucht wurde, waren Verteiler von Stimmzetteln vor den Wahllokalen, Melder, die zwischen den Wahllokalen und den parteieigenen Wahlbüros in den Wahlkreisen pendelten, Boten, die den säumigen Wählern ab der Mittagszeit schriftliche Erinnerungen zutrug, Schlepper, die nachmittags die noch immer fehlenden Wähler aus ihren Wohnungen herbeizuholen suchten, und schließlich auch einfache Flugblattverteiler. In den Arbeiterbezirken begannen die ersten Helfer morgens um 4 Uhr und verteilten Flugblätter an den Werkstören, und der Tag endete für viele erst am späten Abend, als auf den zahlreichen Versammlungen in den Wahlkreisen die Ergebnisse durch die Partei-Wahlbüros verkündet wurden¹¹².

Die Rekrutierung der Helfer erfolgte wieder über die Wahlkreisvereine, die in Aufrufen an ihre Mitglieder appellierten, sich am Wahltag zahlreich bereitzuhalten. Regelmäßig waren in den Versammlungen die Frauen aufgefordert worden, die Agitation mitzutragen, obwohl sie nicht wählen durften: Genossinnen riefen ihnen zu, sie seien zwar rechtlos, aber „doch nicht machtlos, und diese Macht sollen sie zu gebrauchen suchen“¹¹³. Von den Arbeitslosen erwartete man ohnedies einen vollen Einsatz, aber auch beschäftigte Arbeiter nahmen sich den Tag in größerer Zahl frei, um sich den Parteiaufgaben zu widmen¹¹⁴. Erheblicher Wert wurde auf Radfahrer gelegt, die als Boten Nachrichten übermittelten oder entfernter wohnende Wahlberechtigte aufsuchen sollten. All diese Vorbereitungen mündeten in „eine musterhafte Rührigkeit von früh bis spät“, Hilfskräfte meldeten sich „überall freiwillig in Massen“, und mit Genugtuung sahen die Organisatoren, wie sich im Laufe des Tages „das Wahlbild in seiner vollen Großartigkeit“ entfaltete¹¹⁵. Am Abend des 25. Januar war der Wahlkampf nach einer außergewöhnlichen Kraftentfaltung der Partei beendet, doch wie war das Ergebnis?

¹¹⁰ Vorwärts, 26. 1. 1907 („Berlin wählt! Fünfter Wahlkreis“); vgl. auch 22. 1. („Der Wert der Kleinarbeit“) und 24. 1. 1907 („Gegnerische Wahlarbeit“).

¹¹¹ Jahresbericht 1906, 14.

¹¹² S. die Berichterstattung: Vorwärts, 26. 1. 1907 („Berlin wählt!“ „Die Aufnahme der Wahlergebnisse“). Im Wahlkreis 5 wurde gegen 22 Uhr das Ergebnis verkündet.

¹¹³ Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Kreis Teltow“).

¹¹⁴ Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wert der Kleinarbeit“), wo erwähnt wird, „daß am 25. Januar verschiedene Berufe feiern und sich viele Arbeiter in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen“. Auf derselben Seite die Notiz, daß sich 45 Arbeiter einer Weißenseer Motorenfabrik am 25. 1. „vollständig frei gemacht [haben], um bei der Reichstagswahl helfen zu können“.

¹¹⁵ Vorwärts, 26. 1. 1907 („Berlin wählt! ... Sechster Wahlkreis ... In Teltow ...“).

In absoluten Zahlen bot sich gleich auf den ersten Blick ein gemischtes Bild¹¹⁶. In Berlin hatten die sozialdemokratischen Wähler um ca. 33 000 zugenommen, unter Einschluß der Wahlkreise Niederbarnim und Teltow um 83 000. Aber in zwei Wahlkreisen (1 und 3) war diese Zahl leicht gesunken, in zwei anderen (2 und 5) nur schwach gestiegen, so daß der günstige Gesamteindruck allein den traditionellen Hochburgen in der Stadt und in den Vororten zu verdanken war. Und das genügte nicht, um noch ein Plus bei den Wähleranteilen zu gewähren – im Gegenteil, dieser Anteil ist in sechs Kreisen gesunken und in den anderen beiden (6 und Niederbarnim) nur geringfügig gestiegen. D.h. obwohl die Partei mehr Wähler als 1903 mobilisierte, hatte sie den Anteil von damals nicht halten können; in Berlin war er von 66,8 auf 66,2%, in Teltow sogar von 55,7 auf 52,1% gesunken.

Der Grund für die magere Bilanz lag darin, daß der von der Regierung angefeuerte Wahlkampf für eine erhöhte Wahlbeteiligung gesorgt hatte, die überwiegend den bürgerlichen Parteien zugute gekommen ist. In Berlin stieg die Wahlbeteiligung gegenüber 1903 um fast vier Prozentpunkte auf 77,4%, und der Nutznießer dieser Konjunktur waren die Linksliberalen. Sie haben in den sieben Kreisen, in denen sie angetreten sind, ihre Stimmen beträchtlich vermehrt, und die Sozialdemokratie konnte sich nicht verhehlen, daß sich „die deutsche Bourgeoisie ... in der Tat durch die Wahl noch einmal fester in den Sattel gesetzt“ habe und daß das Volk dies „schmerzlich genug zu spüren bekommen“ werde¹¹⁷. Freilich in Berlin selbst bedeutete das wenig. Die Sozialdemokratie hatte ihre Mandate alle behauptet, hatte insgesamt beträchtlich an Stimmen hinzugewonnen und durfte gelassen abwarten, ob die bürgerlichen Parteien ihre Kraftäußerung von 1907 noch einmal wiederholen könnten. Sie machte mit Recht geltend, daß die Stimmenverluste in der Innenstadt strukturell bedingt seien und dem Rückgang der dortigen Arbeiterbevölkerung entsprächen, sie reklamierte mit Befriedigung, daß ihr der allgemeine Anstieg der Wählerzahl erstmals über 50% der Wahlberechtigten beschert habe, und sie warf den Behörden vor, eine „Unvollständigkeit der Wählerlisten ... wie wohl nie zuvor“ verschuldet zu haben¹¹⁸. So betrachtet ließ sich davon sprechen, daß der „Ansturm der Reaktion glänzend abgeschlagen“ sei und daß die „fernere Stählung und Festigung der Partei“ für neue Erfolge sorgen werde¹¹⁹.

Diese Erwartung hat sich 1912 bestätigt. Die nächsten Reichstagswahlen haben die Sozialdemokraten in Berlin weit vorangebracht, allerdings weniger in den gemischten Wahlkreisen als vielmehr in den proletarischen Hochburgen. Im Süden, Osten und Norden der Stadt setzte sich der Bevölkerungszuwachs auch in einen Zuwachs an Wählern um, etwa 150 000 waren es, die neu zur Sozialdemokratie stießen. Und es läßt sich nur andeutungsweise ahnen, welch ein Maß an organisatorischer Arbeit notwendig wurde, um diese Menschenmengen zu erfassen und zu mobilisieren.

¹¹⁶ Vgl. Ergänzungshefte der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 16 (1907); *Fricke*, Handbuch, 722 f.; *Ritter/Niebusch*, 69; Jahresbericht 1906, 12.

¹¹⁷ Vorwärts, 26. 1. 1907 („Bürgerliches Triumphgeheul“).

¹¹⁸ Vorwärts, 27. 1. 1907 („Das rote Groß-Berlin“).

¹¹⁹ Vorwärts, 26. 1. 1907 („Die rote Reichshauptstadt“).

In der Rückschau fällt es schwer, den Enthusiasmus zu ermessen, mit dem die Sozialdemokraten die Faszination und den Alpdruck, die ihnen der Gedanke an die Organisation einflößte, erlebten. Als politisch-soziale Außenseiter waren sie auf diese Art der Machtentfaltung angewiesen, als Schöpfer der politischen Massenbewegung in Deutschland traten sie an die Spitze einer Entwicklung, die zur Signatur eines neuen gesellschaftlichen Zustands geworden ist. Aus der proletarischen Klassenlage und der politischen Diskriminierung geboren, war die sozialdemokratische Organisation eine wirkungsvolle Waffe geworden, die sowohl dem Bürgertum als auch der Regierung Respekt abnötigte. Entscheidend war, daß es gelungen ist, den sozialen Protest aus einem dumpfen Aufbegehren in ein kontinuierliches, diszipliniertes Engagement für kollektive Ziele umzuwandeln. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn der Berliner Sozialdemokratie ein großer und nachhaltiger Anteil an diesem Übergang zugeschrieben wird.